



TORSTEN MATZAK

28. April 2005

„Im Stil eines Barockfürsten“

Regierungsprogramm, Apparat und
Infrastruktur der Macht unter Helmut Kohl

erstellt im Rahmen des Seminars
Die Ära Kohl

am Geschwister-Scholl-Institut für politische Wissenschaften
der Ludwig-Maximilians-Universität München

Inhaltsverzeichnis	I
ZUSAMMENFASSUNG.....	I
ZEITTADEL	II
AUSZEICHNUNGEN (AUSWAHL)	III
1 Einleitung	1
2 Programmatik als Faktor des politischen Erfolgs	2
2.1 HELMUT KOHLS PROGRAMMATISCHER STANDPUNKT.....	2
2.2 GESCHICHTE ALS STANDORTBESTIMMUNG.....	7
2.3 DIE ENTSTEHUNG DER REGIERUNGSERKLÄRUNGEN ALS ELEMENT DES KOHLSCHEN ARBEITSSSTILS	9
3 Die Partei und das persönliche Umfeld zur Etablierung der Macht	13
3.1 DIE PARTEI ALS BASIS VON HELMUT KOHLS MACHTPOSITION	13
3.2 DIE FDP ALS MACHTPOLITISCHES KALKÜL	16
3.3 DAS PERSÖNLICHE UMFELD	21
4 Die Regierungszentrale - Machtzentrum des Kanzlers und Parteivorsitzenden	24
5 Schlußbetrachtung	27
Gewichtung der Koalitionspartner in den Bundesregierungen.....	A
Abkürzungsverzeichnis	C
Abbildungsverzeichnis	C
Dokumente	D
Literaturverzeichnis	D
LITERATUR.....	D
ZEITUNGEN UND ZEITSCHRIFTEN	F
WEBDOKUMENTE.....	F
MEDIEN	F

Das Machtsystem Helmut Kohls war auf ihn persönlich ausgerichtet. Dies machte sich nicht nur in der Organisation seines unmittelbaren Umfeldes bemerkbar, sondern zeigte sich auch in der Bestimmung programmatischer Standpunkte und der Machtabsicherung in Partei und Regierung. Helmut Kohl umgab sich hier mit Personen seines persönlichen Vertrauens, die ihm loyal waren und bei denen er sich darauf verlassen konnte, dass sie ihm seinen Machtanspruch nicht streitig machen würden.

Dies schlug sich auch in der programmatischen Standortbestimmung - und hier insbesondere den Regierungserklärungen als unmittelbarste Möglichkeit des Bundeskanzlers zur Darlegung seiner Politik - nieder. Zwar vollzog er hier in späteren Regierungserklärungen die Praxis, die Ministerien um Vorentwürfe und das Bundeskanzleramt um das Redemanuskript zu bitten. Dies verhinderte jedoch nicht, dass er immer auch externe persönlich Vertraute um Rat fragte.

Zeittafel

3.4.1930	Geburt in Ludwigshafen
1947	Oberschüler und Mitbegründer der Jungen Union Ludwigshafen
1948	Eintritt in die CDU
1950 - 1956	Studium der Geschichte, Rechts- und Staatswissenschaften und Philosophie in Frankfurt / Main und Heidelberg 1959 Promotion
1953 - 1973	Mitglied des Geschäftsführenden Vorstandes der CDU Pfalz 1964 - 1966 Vorsitzender
1954 - 1961	Stellvertretender Vorsitzender der Jungen Union Rheinland-Pfalz
1955 - 1966	Mitglied des Landesvorstandes der CDU Rheinland-Pfalz
1956 - 1958	Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Alfred-Weber-Institut der Universität Heidelberg
1958	Direktionsassistent der Firma Mock, Ludwigshafen
1958	Vorsitzender der CDU Ludwigshafen
1959 - 1969	Referent des Verbandes der Chemischen Industrie, Ludwigshafen
1959 - 1976	Mitglied des Landtages von Rheinland-Pfalz
1960 - 1969	Mitglied des Stadtrates der Stadt Ludwigshafen und Vorsitzender der CDU-Ratsfraktion
1963 - 1969	Fraktionsvorsitzender der CDU-Fraktion im Landtag von Rheinland-Pfalz
1967	Wahl in den Bundesvorstand der CDU
1969 - 1974	Ministerpräsident des Landes Rheinland-Pfalz
1973 - 1998	Bundesvorsitzender der CDU 1998/99 Ehrenvorsitzender der CDU
1976	Kanzlerkandidat der CDU und CSU
1976 - 2002	Mitglied des Deutschen Bundestages
1976 - 1982	Fraktionsvorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion
1982 - 1998	Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland

Auszeichnungen (Auswahl)

- 1988 **Karlspreis der Stadt Aachen** für die Verdienste um die deutsch-französische Freundschaft und die Zukunft Europas (gemeinsam mit Francios Mitterrand)
- 1996 Verleihung des **Ordens für humanitäre Verdienste** der jüdischen Organisation B´nai B´rith
- 11.12.1998 **Ehrenbürger Europas**
- 2004 Verleihung des **Internationalen Adalbert Preises** des Staatspräsidenten der Republik Polen
- Ehrenbürger** der Städte Frankfurt / Main (1999), Berlin (1992), Split (Kroatien, 1995) und Ludwigshafen (2004) sowie der Gemeinde St. Gilgen (Österreich, 1985)
- Ehrendoktor** der Universitäten Tel Aviv (Israel, 1990), Maryland (USA, 1990), Lublin (Polen, 13.11.1989), Harvard (USA, 1990), Salamanca (Spanien, 1991), Löwen (Belgien, 1996), der Anteno-Universität (Philippinen, 1996), der Brandeis-Universität (USA, 1998)
- Ehrenprofessor** der Thongji-Universität Shanghai (China, 1993)

1 Einleitung

Helmut Kohl war der Bundeskanzler mit der längsten Regierungszeit in Deutschland und auch der Parteivorsitzende, der sein Parteiamt mit einer Rekordamtszeit von 25 Jahren nach der verlorenen Bundestagswahl 1998 niedergelegt hat. In einer Demokratie ist dies nur möglich, wenn die programmatischen Grundlagen, der institutionelle und persönliche Machtapparat eng ineinander greifen und bei der Zielgruppe - der Parteibasis und den Wählern - Anklang und Beachtung finden.

Die vorliegende Arbeit geht der Frage nach, wie Helmut Kohl sich seinen persönlichen Machtapparat in diesem Dreieck geschaffen und organisiert hat und wie er dieses Machtdreieck so stabil halten konnte, dass erst die Suche der Wähler nach einer Alternative es auflösen und zum Machtverlust kommen konnte. Es sollen dabei weniger die Inhalte der Politik im Vordergrund stehen, sondern die Leitlinien und ihre Etablierung.

Im ersten Teil geht es um die programmatischen Grundlagen, die die Politik des früheren Bundeskanzlers kennzeichneten. Anhand der Regierungserklärungen sollen die Kontinuitäten und Veränderungen der Politik des Bundeskanzlers Helmut Kohl dargestellt werden. Dabei ist weniger die chronologische Darstellung relevant, als vielmehr die Herstellung eines Zusammenhangs und eine thematische Einordnung. Im weiteren Abschnitt dieses Teils soll das Geschichtsverständnis Kohls und die Bedeutung für die Politik herausgestellt werden. Schließlich wird auf der Basis der Regierungserklärungen auf den Arbeitsstil Kohls eingegangen.

Der zweite Teil geht auf die Machtkonstellation ein. Bewußt sind hier die Bedeutung von Bundestagsfraktion und CSU nur gestreift worden, da beide Institutionen zwar eine bedeutende Rolle gespielt haben, jedoch hier die wichtigsten Machtstützen Kohls thematisiert worden sind. FDP, Partei und das persönliche Umfeld besaßen für Kohl eine besondere Bedeutung und werden deshalb auch an dieser Stelle besonders hervorgehoben.

Schließlich soll im dritten Teil die Regierungszentrale herausgestellt werden. Kohl baute sie organisatorisch entsprechend seinem eigenen Anforderungsprofil um und übertrug seinen überhierarchischen Arbeitsstil auf das Bundeskanzleramt. Die Regierungszentrale verdient in der Amtszeit Kohls auch deshalb besonderes Gewicht, da er hier bewußt eigene Akzente setzte und seine Politik inszenierte.

Die Arbeit läßt bewußt Lücken. So bleibt das gesamte Geflecht der Auseinandersetzungen mit der Bundestagsfraktion und der Schwesterpartei CSU außen vor. Beide Institutionen spielen in Kohls Machtgeflecht zwar eine besondere Rolle. Jedoch würde es den hiesigen Rahmen sprengen, die vielfach schwierigen und verflochtenen Abstimmungs- und Ausräumungskämpfe darzustellen. Ebenso weitgehend unberücksichtigt bleibt das Balancesystem zwischen den Koalitionspartnern CDU, CSU und FDP, welches zum Funktionieren der Koalition jedoch unerlässlich war. Die Konzentration liegt daher bewußt auf den Instrumenten kohlscher Machtstrukturen, die für diesen Kanzler prägend waren.

Obwohl die Amtszeit Helmut Kohls erst kurze Zeit zurückliegt, ist seine Politik und sein Machtapparat bereits sehr gut analysiert. Einerseits hat hierzu der ehemalige Bundeskanzler durch die Beauftragung der deutschlandpolitischen Fragen selbst beigetragen, andererseits hat insbesondere die sogenannte Spendenaffäre seit 1999 wie auch der Amtswechsel 1998

zu einer intensiven Beschäftigung mit dem „Rekordkanzler“ angeregt. Hier haben sowohl Weggefährten wie auch Journalisten und Wissenschaftlicher die Amtszeit, die Politik und das Leben Helmut Kohls nahezu komplett ausgeleuchtet.

Diese Bewertungen werden gestützt durch eine große Zahl von Dokumenten und Reden, die zwischenzeitlich veröffentlicht wurden und allgemein verfügbar sind.

2 Programmatik als Faktor des politischen Erfolgs

2.1 Helmut Kohls programmatischer Standpunkt

Die *Große Regierungserklärung*¹ stellt für den Bundeskanzler zu Beginn einer Legislaturperiode oder - wie 1982 - aus Anlaß der Regierungsübernahme eines der wichtigsten Führungsinstrumente dar. Während die weiteren Regierungserklärungen eher fachspezifischer Natur sind² und meist von dem zuständigen Minister vorgetragen werden, stellt die *Große Regierungserklärung* für den Bundeskanzler die Chance dar, sein Regierungsprogramm abgeleitet aus Wahlprogramm und Koalitionsvereinbarung umfassend und in seinen Schwerpunkten selbst gewichtet darzustellen. Sie ist damit sichtbarster Ausdruck der dem Bundeskanzler zustehenden Richtlinienkompetenz (Art. 65 GG). Deshalb kommen ihnen für die programmatische Verortung Kohls auch eine wichtige Funktion zu.

Helmut Kohl legte in seinen insgesamt fünf Regierungserklärungen, die er aus Anlaß seiner jeweiligen Wahlen zum Bundeskanzler zwischen 1982 und 1994 hielt, ein besonderes Gewicht auf die **Vermittlung von Werten**. Die sogenannte „geistig-moralische Wende“³ wurde bereits in der Regierungserklärung vom 13. Oktober 1982⁴ deutlich: die Rückbesinnung auf die Fähigkeiten des Einzelnen mit der Zurückdrängung des Staates auf das Notwendige. Die Regierungserklärung vom 5. Mai 1983⁵ machte jedoch deutlich, dass es Kohl um mehr als die Rückgewinnung von mehr Selbstständigkeit des Einzelnen und einer Reduzierung der Staatstätigkeit ging. Kohl faßte dies in den Worten zusammen: „Die Frage der Zukunft lautet nicht, wieviel der Staat für seine Bürger tun kann. Die Frage der Zukunft lautet, wie sich Freiheit, Dynamik und Selbstverantwortung neu entfalten können. Auf diese Idee gründet die Koalition der Mitte.“⁶

Kohl sah in der bisherigen Politik der Bundesregierung, die ein ausufernde Staatstätigkeit favorisierte und gleichzeitig von einem wirtschaftlichen Niedergang geprägt war, eine „politisch-geistig Krise“⁷, die Unsicherheit, Angst und Ratlosigkeit in der Bevölkerung ausgelöst habe. Der darauf begründeten „geistig-moralischen Wende“ - ausgedrückt in den

¹ zur Einordnung: Karl-Rudolf Korte: Die Regierungserklärung . Visitenkarte und Führungsinstrument der Kanzler; in: ders. (Hrsg.): „Das Wort hat der Bundeskanzler“ . Eine Analyse der Großen Regierungserklärungen von Adenauer bis Schröder, Wiesbaden 2002, S. 24.

² Karl-Rudolf Korte: Die Regierungserklärung als Führungsinstrument der Bundeskanzler, ZParl 33 (2002), S. 452-462 (453).

³ Kohl hat diese Worte in seiner Regierungserklärung nur sinngemäß verwendet vgl. hierzu Regierungserklärung vom 4.5.1983, Stüwe, S. 291).

⁴ „Koalition der Mitte: Für eine Politik der Erneuerung“; PIProt 9/121 vom 13.10.1982, S. 7213B-7229B.

⁵ „Programm der Erneuerung: Freiheit, Mitmenschlichkeit, Verantwortung“; PIProt 10/4 vom 5. Mai 1983, S. 56A-74C.

⁶ PIProt 9/121, S. 7215D.

⁷ zit. Dietrich Thränhardt: Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, Frankfurt/Main 1996, S. 275.

Worten: „Wir haben die Kraft und das Leitbild, Ethik und Ökonomie, Freiheit und Gerechtigkeit zu verbinden“⁸ - lag in einem grundlegend anderen Staats- und Geschichtsverständnis von Helmut Schmidt und Helmut Kohl. Während Schmidt zwar bereit war, die Grundwerte zu garantieren, sah er den Staat nicht als die zuständige Instanz an, die Grundwerte auch zu definieren und auszufüllen.⁹ Für Kohl war die Kanzlerschaft jedoch von Anbeginn mit einer geistigen Führung der Nation verbunden, wie er dies gerade in seinen Regierungserklärungen immer wieder als zentralen Leitgedanken formulierte.¹⁰ Für Kohl war die „geistig-moralische Wende“ mit der Frage besetzt, wie steht der Einzelne zu Familie, zur Nation, zu christlichen Werten und wie fügen sich diese in ein Gesamtkonzept der Gesellschaft ein. Für Kohl, der an dieser Stelle die Position der CDU am unverfälschtesten durchsetzen konnte¹¹, ging es bei der „Politik mit menschlichem Antlitz“ um die Forderung nach „mehr Selbst- und Nächstenliebe der Bürger füreinander“¹², mit der der Staat erst nach der Eigenvorsorge in Aktion tritt.¹³ Kohl kündigte hier nicht nur einen Rückzug des Staates an, sondern gleichzeitig auch eine stärkere Förderung der Eigeninitiative im Rahmen des Stiftungswesens.¹⁴ Der Bürgersinn als Element der Selbsthilfe sollte gestärkt werden und jeder Einzelne Verantwortung - „Wem helfe ich?“¹⁵ - für sein Umfeld übernehmen.

Die „geistig-moralische Wende“ war aber auch eine Rückbesinnung auf christliche Werte, die in den Zeiten der sozialliberalen Koalition keine so starke Rolle spielten wie unter Führung einer auf christlichen Partei wie der CDU. Kohl war nicht von einem religiösen Fundamentalismus geprägt, was sich insbesondere in der Debatte um die gesetzliche Regelung des Schwangerschaftsabbruches zeigte.¹⁶ Seine Regierung baute er jedoch auf der „Verbindung des sozialen, des christlichen und des liberalen Gedankens“¹⁷ auf. In der christlichen Ethik symbolisierte sich für den Kanzler auch die von ihm beschriebene „geistig-moralische Erneuerung“, da dem kirchlichen Verständnis beider Konfessionen nach, der Bürger eine wichtige Rolle mit grundlegenden Individualinteressen besitzt, aber die Gesellschaft als Ganzes für die Hilfsbedürftigen sorgen soll.

Die **inhaltlichen Schwerpunkte** der jeweiligen Regierungserklärungen Kohls waren von der Reaktion auf aktuelle Problemlagen geprägt. Die ersten beiden **Regierungserklärungen vom 13. Oktober 1982 und 6. Mai 1983** standen unter dem Eindruck der wirtschaftlichen Krise und der Entwicklung der sozialen Sicherungssysteme. Beide Regierungserklärungen müssen in einem unmittelbaren Zusammenhang gesehen werden, nachdem die Regierungserklärung vom 13. Oktober 1982 bereits nur als Übergang bis zur Neuwahl des

⁸ Regierungserklärung vom 4. Mai 1983; in Klaus Stüwe (Hrsg.): Die großen Regierungserklärungen der deutschen Bundeskanzler von Adenauer bis Schröder, Opladen 2002, S. 311.

⁹ Konrad Adam: Kohl und die geistig-moralische Wende; in Reinhard Appel: Helmut Kohl im Spiegel seiner Macht, Bonn 1990, S. 23.

¹⁰ Jürgen Leinemann: Helmut Kohl . Ein Mann bleibt sich treu, Berlin 2001, S. 37.

¹¹ Vgl. Für Frieden und Freiheit . Das Wahlprogramm der CDU/CSU, Bonn 1980, S. 25 f. Arbeit, Frieden, Zukunft Miteinander schaffen wir´s . Das Wahlprogramm der CDU/CSU, Bonn 1983, S. 13 ff..

¹² PIProt 9/121, S. 7225D.

¹³ Vgl. hier auch die Regierungserklärung vom 23.11.1994, in der Kohl die Forcierung von Partikularinteressen vor der Gemeinwohlorientierung nochmals aufgreift und verurteilt („Aufbruch in die Zukunft - Deutschland gemeinsam erneuern“, PIProt 13/5 vom 23.11.1994, S. 38D-39A).

¹⁴ Regierungserklärung vom 4.5.1983 (Stüwe, S. 298).

¹⁵ Regierungserklärung vom 4.5.1983 (Stüwe, S. 290).

¹⁶ vgl. hierzu Regierungserklärung vom 4.5.1983 (Stüwe, S. 297).

¹⁷ PIProt 9/121, S. 7216A.

Deutschen Bundestages am 6. März 1983 angelegt war. Der nach innen gerichtete Schwerpunkt der Regierungserklärungen lag im Bereich des Zieles der haushalts- und wirtschaftspolitischen Konsolidierung, die mehr Arbeitsplätze schuf und die regionale Wirtschaftsförderung stärkte.¹⁸ Kohl war gezwungen, trotz der bevorstehenden Wahlen, auch zahlreiche spürbare Einschnitte der Bevölkerung anzukündigen, die in „normalen“ Zeiten den Verlust der Macht bedeutet hätten - wenn die Wirksamkeit auch erst nach den Wahlen eingesetzt hat. Kohl war sich seiner neu gewonnenen Position jedoch vor dem Hintergrund der quälenden Auseinandersetzungen von SPD und FDP vor dem 17. September 1982 sicher und machte den für die Wahlen immer wichtiger werdenden Rentnern klar, dass auch von ihnen durch die Verschiebung der Rentenanpassung und die stärkere Beteiligung an den Krankenversicherungskosten ein Beitrag zur Haushalts- und Wirtschaftskonsolidierung erbracht werden mußte.¹⁹ Als Bundeskanzler Schmid 1980 nach den Wahlen ein ähnliches Ziel anvisierte, verlor er fast sein Amt.²⁰ Kohl konnte eine derartige Ankündigung vor allem dadurch bewältigen, dass er den absoluten Rückhalt seiner eigenen Fraktion besaß und somit aus den eigenen Reihen kein Gegenwind drohte.

Die **Regierungserklärung vom 18. März 1987**²¹ stand ganz unter dem Eindruck des neu aufgekommenen Thema „Umweltschutz“ und des Reaktorunfalls in Tschernobyl (UdSSR). Die Regierung Kohl hatte bereits seit 1983 einige Projekte zum nachgelagertem Umweltschutz vorgelegt und mit der Einrichtung des Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit nach dem GAU in Tschernobyl 1986 bereits auf die wachsende Sensibilisierung in der Bevölkerung reagiert.²² Im Kampf zwischen Ökonomie und Ökologie blieb Kohl sich jedoch insoweit treu, als dass zunächst die Ökologie eine untergeordnete Rolle in der Regierungspolitik spielte.²³ Insbesondere in der Atompolitik machte Kohl deutlich, dass er nicht bereit war, auf die Kernenergie als Energieträger zu verzichten.²⁴ Das Waldsterben zwang die Regierung jedoch, Maßnahmen der Luftreinhaltung und des Walderhalts einzuleiten und sowie die Wiederverwertung von Müll zu forcieren.²⁵ Die Politik stand dabei unter der Überschrift „Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen“²⁶ und mit der Aufnahme des Staatszieles Umweltschutz ins Grundgesetz sollte die Kompetenz des Staates hier gestärkt werden.²⁷ Dadurch wurde die Trennlinie insbesondere zu den GRÜNEN deutlich, die auf einen raschen Ausstieg aus der Atomenergie hinzuwirken versuchten. Für Kohl stand die Erhaltung der Atomenergie in unmittelbarem Zusammenhang mit der Frage der Wirtschaftsentwicklung, da insbesondere die energieintensiven Industriezweige gleichzeitig zu den Motoren des Wirtschaftsaufschwungs zählten und immer noch die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit ein zentraler Punkt der politischen Agenda war.

¹⁸ PIProt 9/121, S. 7216D.

¹⁹ PIProt 9/121, S. 7219A.

²⁰ Klaus Dreher: Helmut Kohl . Leben mit der Macht, Stuttgart 1998, 2. Auflage, S. 286.

²¹ „Die Schöpfung bewahren - die Zukunft gewinnen“; PIProt 11/4 vom 18. März 1987, S. 51B-73B.

²² Wolfgang Bickerich: Der Enkel . Analyse der Ära Kohl, Düsseldorf 1995, S. 71.

²³ Wolfgang Bickerich: Der Enkel, S. 73.

²⁴ PIProt 11/4, S. 59A.

²⁵ PIProt 11/4, S. 63B.

²⁶ PIProt 11/4, S. 62D.

²⁷ Die Änderung des GG ist erst 1994 erfolgt. Die Gesetzgebung des Bundes in diesem Feld stützte sich auf Art. 74 Nr. 24 GG, der mit Gesetz vom 12. April 1972 (BGBl. I. 593) durch die sozialliberale Koalition eingefügt worden war.

Das andere zentrale Ziel der 11. Legislaturperiode bildete für die Regierung die Reform der öffentlichen Verwaltung bei Erhaltung der föderalen Struktur. Dies umfaßte einerseits die Privatisierung öffentlicher Beteiligungen, insbesondere der Deutschen Bundesbahn und der Deutschen Bundespost²⁸, als auch eine grundlegende Neuordnung der staatlichen Entscheidungswege.²⁹ Das Thema wurde nochmals in der **Regierungserklärung vom 22. November 1994** aufgegriffen³⁰ und sollte die ursprüngliche Reform nach der Deutschen Einheit fortsetzen. Hintergrund war in beiden Fällen, dass nach Ansicht der Bundesregierung Deutschland „im internationalen Wettbewerb ohne Erneuerung an Zukunftsfähigkeit verlieren“³¹ drohte. Dabei sollten insbesondere die Verwaltungs- und Rechtsmittelverfahren gestrafft werden, um Investitionen zu erleichtern.

Eines der zentralen Themen bei allen Regierungserklärungen Kohls war die **Außen- und Europapolitik** sowie die **Deutschlandpolitik** bis 1990. Im Gegensatz zu den anderen Politikfeldern besitzt dieser Teil in jeder *Großen Regierungserklärung* eine herausgehobene Stellung und ist - mit Ausnahme der Regierungserklärung vom 30. Januar 1991³² - regelmäßig am Ende des programmatischen Blocks als ausklingender Höhepunkt positioniert.³³

Kohl wie Genscher ging es im außenpolitischen Teil der Regierungserklärung von 1982 darum, an seine Vorgänger anzuschließen.³⁴ Genscher selbst war bestrebt, sowohl in den Beziehungen zu den Ostblock-Staaten wie zu den westlichen Partnern nicht den Eindruck entstehen zu lassen, dass mit dem Regierungswechsel auch ein Politikwechsel verbunden war.³⁵ Gerade vor dem Hintergrund der Debatte um den Nato-Doppelbeschluß - einer der wesentlichen Gründe für das Scheitern der sozialliberalen Koalition - bekräftigte Kohl daher: „Wir werden die deutsch-amerikanischen Beziehungen aus dem Zwielficht befreien“³⁶ und kündigte die Umsetzung des Beschlusses des NATO-Rates vom 12. Dezember 1979 für die BRD an. Dabei suchte Kohl jedoch einen Ausgleich mit der Friedensbewegung zu erreichen und seine Politik so als gemeinsame Politik aller politischen Kräfte umzusetzen. Auch in Bezug auf die Sowjetunion und die DDR waren Kohl und Genscher bestrebt, die Beziehungen weiterzuentwickeln und auch vor dem Hintergrund der aktuellen Ereignisse - Afghanistan und Polen - nicht zu gefährden³⁷: „Die Grundlage sind die geschlossenen Verträge, nach deren Buchstaben und Geist wir unsere Politik mit dem Osten gestalten.“³⁸ Gerade bei Betrachtung

²⁸ PProt 11/4, S. 58B.

²⁹ PProt 11/4, S. 63D-64A.

³⁰ PProt 13/5, S. 39D-40D.

³¹ PProt 13/5, S. 39D.

³² „Unsere Verantwortung für die Freiheit“; PProt 12/5 vom 30. Januar 1991, S. 67B-90C.

³³ Karl-Rudolf Korte: Die Regierungserklärung, S. 15.

³⁴ Karlheinz Nicolauß: Kanzlerdemokratie . Bonner Regierungspraxis von Konrad Adenauer bis Helmut Kohl, Köln / Mainz 1988, S. 231.

³⁵ Hans-Dietrich Genscher: Erinnerungen, Berlin 1995, S. 473.

³⁶ PProt 9/121, S. 7220D.

auch Regierungserklärung vom 4.5.1983 (Klaus Stüwe: Die großen Regierungserklärungen, S. 308).

³⁷ PProt 9/121, S. 7222C / 7227D.

zum Verhältnis vgl. auch die Regierungserklärung vom 4.5.1983; in: Klaus Stüwe: Die großen Regierungserklärungen, S. 306.

Hinsichtlich der im Bundeskanzleramt ressortierenden Deutschlandpolitik wurde die Kontinuität zunächst auch im personellen Bereich gewahrt und die zuständigen Mitarbeiter weiterhin durch den nunmehr zuständigen Staatsminister Jenninger herangezogen. (vgl. Karl-Rudolf Korte: Deutschlandpolitik in Helmut Kohls Kanzlerschaft . Regierungsstil und Entscheidungen 1982-1989, Stuttgart 1998, S. 118).

³⁸ Regierungserklärung vom 4.5.1983 (Klaus Stüwe: Die großen Regierungserklärungen, S. 306).

der Auseinandersetzungen um die Ostpolitik in den 1970er Jahren und der dahingehend bestehende Druck seitens der CSU - Franz-Josef Strauß faßte ihn mit den Worten zusammen: „Ich habe nicht dreizehn Jahre gegen diese Ostpolitik gekämpft, um im vierzehnten Jahr ihre Kontinuität zu verkünden“³⁹ - wird deutlich, welches Risiko der CDU-Vorsitzende im Verhältnis zur CSU einging. Insofern wurde zwar Kontinuität gewahrt, jedoch wurden die Akzente der Politik hin zur stärkeren Betonung des „Briefes zur deutschen Einheit“ vom 12. August 1970 und die Betonung der Menschenrechte verschoben.⁴⁰

Ergänzt wurde die Regierungspolitik hier durch die Focierung der europäischen Einigung. Bereits 1983 stellte Kohl eine Verbindung zwischen der deutschen und der europäischen Einigung her⁴¹, wie er sie dann in seinem 10-Punkte-Programm zur Deutschen Einheit am 28. November 1989 als *sine qua non* wiederholte.⁴²

Eine noch wichtigere Rolle als sonst spielte die Außenpolitik in der Regierungserklärung vom 30. Januar 1991. Der Zweite Irak-Krieg und die Gestaltung die Zukunft des Nahen Ostens machten eine zentrale Standortbestimmung notwendig, obwohl Deutschland selbst aus verfassungsrechtlichen Bedenken in den Krieg nicht unmittelbar involviert war. Die Außenpolitik stand dadurch im Zentrum der Regierungserklärung und bildete nicht wie üblich den abschließenden Höhepunkt. Die Diskussion in dieser Frage traf in eine aufgewühlte Situation, da über die Rolle der USA in dem Konflikt ein tiefer Riss durch die Bevölkerung ging und die alten Sichtmuster von Links und Rechts aufleben ließ. Kohl sah jedoch gleichzeitig die Notwendigkeit, die Bundesrepublik als nunmehr souveränes und vereinigtes Deutschland auf eine neue Rolle in der internationalen Politik vorzubereiten: „Mit der Wiedergewinnung der vollen Souveränität wächst uns Deutschen nicht nur mehr Handlungsfreiheit, sondern auch mehr Verantwortung zu. So sehen es auch unsere Partner in der Welt. Sie erwarten vom vereinten Deutschland, daß es dieser neuen Rolle gerecht wird.“⁴³ Hier waren die Linien zu internationalen Einsätzen der Bundeswehr bereits sichtbar, die sich 1991 aus verfassungsrechtlichen Überlegungen noch zurückhalten mußten. Erst mit der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts vom 23. Juni 1993 wurden diese Bedenken aufgegeben und der Weg zu einer Normalisierung von Bundeswehreinmärschen im internationalen Rahmen endgültig geebnet.

Ein letztes Mal erhielt auch die Deutschlandpolitik in der Regierungserklärung vom 30. Januar 1991 - der andere programmatische Hauptteil der Regierungserklärung - eine herausgehobene Rolle, die Kohl diesmal jedoch mit nahezu sämtlichen innenpolitischen Themenfeldern verband. Vor dem Hintergrund der Deutschen Einheit galt es nunmehr die Bevölkerung auf die damit verbundenen Belastungen vorzubereiten, die insbesondere im Steuer- und Abgabebereich sich abzeichneten.

³⁹ hier in der Diskussion um die Regierungserklärung vom 6. Mai 1983, zit. Karl-Rudolf Korte: Die Regierungserklärung, S. 235.

⁴⁰ PIProt 9/121 vom 13.10.1982, S. 7228A; Regierungserklärung vom 4.5.1983 (Klaus Strüwe, S. 309) Karl-Rudolf Korte: Deutschlandpolitik in Helmut Kohls Kanzlerschaft, S. 119.

⁴¹ Regierungserklärung vom 4. Mai 1983, Klaus Strüwe, S. 309.

⁴² Neue Chancen und neue Herausforderungen in der Deutschland- und Europapolitik, Regierungserklärung im Rahmen der Haushaltsberatungen für das Haushaltsjahr 1990, abgedruckt in Helmut Kohl: Bilanzen und Perspektiven . Regierungspolitik 1989-1991, Bonn 1992, S. 317.

vgl. auch Philip Zelikow / Condoleezza Rice: Sternstunde der Diplomatie . Die deutsche Einheit und das Ende der Spaltung Europas, München 2001, 2. Auflage, S. 175.

⁴³ PIProt 12/5, S. 69C.

Als Bundeskanzler, der auch vor seinem Amtsantritt nie eine fachpolitische Funktion innehatte, verstand Kohl sich als Generalist. Dies wurde auch in seinen Regierungserklärungen deutlich, die mit Ausnahme des klaren Bekenntnisses zur europäischen⁴⁴ und deutschen Einigung keinen fachspezifischen Schwerpunkt erkennen ließen. Kohl setzte vielmehr seine Schwerpunkte in den einzelnen Legislaturperiode problemorientiert.

Der Schwerpunkt und rote Faden seiner gesamten Kanzlerschaft war jedoch die Wertevermittlung, am 4. Mai 1983 bildlich in der „geistig moralischen Wende“ artikuliert.

2.2 Geschichte als Standortbestimmung

Eines der Studienfächer Helmut Kohls war Geschichte und er hat immer wieder gezeigt, dass er einerseits seinen „Platz in den Geschichtsbüchern“ suchte, aber auch selbst seine Politik aus einem historischen Verständnis heraus ableitete und begründete. Dies bedeutete weniger den Bezug auf die eigenen Leistungen aus den vergangenen Legislaturperioden, wie sie in seiner dritten Regierungserklärung vom 18. März 1987 deutlich wurde. Es bedeutet vor allem, dass das gesamte Handeln und die Politik durch Helmut Kohl aus einem historischen Licht gesehen wurde, was er gerade beim Besuch in Polen 1989 deutlich machte: „Wir haben die Geschichte gespürt, sie war da, gerade auf diesem Platz im Herzen von Europa.“⁴⁵

So leitete er die Koalition aus Union und FDP 1982 als das „prägende Merkmal einer Epoche [ab], die zu Recht als die erfolgreichste Ära der deutschen Nachkriegsgeschichte gilt“⁴⁶. Mit dem Einfangen der FDP, sie habe die richtige historische Entscheidung für den Koalitionswechsel getroffen, sah er nicht lediglich einen damals aktuellen Anknüpfungspunkt, sondern ein historisch begründetes Muster für Deutschland. Es galt für ihn an die Ära Adenauer anzuknüpfen und das damalige Wirtschaftswunder als einzig möglich durch die Verbindung der drei Parteien darzustellen, dass es nun zu wiederholen galt.

Insbesondere der Bezug zu Adenauer besitzt für Kohl ein wichtiges Element in seinem politischem Leben. Kohl macht bei jeder Gelegenheit deutlich, dass er sich in dessen Tradition auch ganz persönlich sieht und nimmt ihn aus der „Honoratiorenkritik“, die vor allem Ministerpräsident Peter Altmeier immer wieder traf, heraus. In seiner Biographie beschreibt Kohl sein Verhältnis zum Altkanzler: „Der greise, aber voll konzentrierte Staatsmann hatte in seinen letzten Lebensjahren Sympathie für mich empfunden und gezeigt. ... Später, als er aus dem Amt ausgeschieden war, ergab sich in kurzer Zeit eine herzliche Beziehung, die zu vielen Gesprächen führte.“⁴⁷ Adenauer selbst soll über Kohl gesagt haben „de Herr Kohl, dat is ´ne tüchtiger Mann“⁴⁸ und bestätigte damit wohl dass, was sein „Enkel“ über das Verhältnis offenbarte. Das er auch sich politisch in der adenauerschen Tradition sah, macht der neugewählte Bundeskanzler gleich in seiner ersten

⁴⁴ hierzu Jean-Claude Juncker: Konstanten . Für Helmut Kohl zählt ein Europa der Qualität, PM 50 (2005) No. 424, S. 19-20 (19).

⁴⁵ Helmut Kohl beim Besuch von Kreisau mit dem polnischen Ministerpräsident Mazowiecki zit. Werner A. Perger: Kohl und die Geschichte; in Reinhard Appel (Hrsg.): Helmut Kohl im Spiegel seiner Macht, Bonn 1990, S. 64.

⁴⁶ PIProt 9/121 vom 13.10.1982, S. 7216A.

⁴⁷ Helmut Kohl: Erinnerungen, München 2004, S. 207.

Regierungserklärung deutlich: „Auf die freie Zustimmung seiner Bürger wurde unser Staat, die Bundesrepublik Deutschland, gegründet. Konrad Adenauer führte vor über 30 Jahren die Deutschen in die Gemeinschaft der freien Völker des Westens und baute darauf die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland. Es gelang die Aussöhnung mit Frankreich und mit dem Volk und dem Staat Israel. Wir wurden ein geachteter Partner im Bündnis des Westens.“⁴⁹ Programmatisch betrachtet besaß Kohl gerade in der Außenpolitik durchaus einen Anknüpfung an Adenauer: die Arbeit an der Überwindung der Teilung, Westintegration und atlantische Orientierung, Aussöhnung mit Frankreich und der Aufbau einer besonderen Beziehung zu Israel, die europäische Integration der Bundesrepublik. Der Bezug zu Adenauer besitzt bei Kohl fasst schon etwas spirituelles, in dem er Merkmale adenauerscher Politikvermittlung - gespaltenes Verhältnis zu den Medien, Verbindung von Parteivorsitz und Kanzler beziehungsweise Kanzlerkandidatur - adaptiert und sich selbst damit Gewissheit verschaffte.⁵⁰

Geschichte bedeutete für Kohl jedoch mehr als die Kontinuität zu Adenauer. Geschichte war für den Historiker immer auch die Frage nach der deutschen Verantwortung für die Vergangenheit und daraus abgeleitet für den Politiker die Suche nach einer Verbindung von deutscher Identität und europäischem Geist, nationaler Tradition und der Einigung Europas.⁵¹ Kohl setzte sich dabei bewußt von der Zeit des Nationalsozialismus und deutschem Großmachtsdenken ab. In seiner ersten Regierungserklärung machte Kohl deutlich: „Der Nationalstaat der Deutschen ist zerbrochen. Die deutsche Nation ist geblieben, und sie wird fortbestehen.“⁵² Kohl setzte sich darin sehr bewußt mit der Vergangenheit und mit den Ursachen der deutschen Teilung auseinander. Allerdings war es gleichzeitig das Ziel des nunmehrigen Bundeskanzlers, seiner Politik eine historisch begründete Perspektive zu geben. Es könne demnach zwei deutsche Staaten geben, aber - sowohl nach innen wie nach außen gerichtet - die deutsche Nation wird dabei immer eine einheitliche sein und ihre Identität bewahren. Der Nationalsozialismus, der lange Zeit für das deutsche Bild im Ausland prägend war, war für Kohl im Identitätsverständnis eine - einschneidende - Episode, die nicht das wahre Bild der deutschen Identität widerspiegelte. Vielmehr wurde diese Identität in der Frankfurter Paulskirche, durch die Aufklärung, die Reformationskräfte Martin Luthers und das Alte Reich als übernationale Friedensordnung symbolisiert.⁵³

Die Souveränität, mit der in Bezug auf den Nationalsozialismus von „zu jung, um in Schuld und Sühne verstrickt zu sein“⁵⁴ sprach, war gerade nicht die Leugnung von nationaler Verantwortung, sondern vielmehr das klare Bekenntnis zu einem Deutschland, das sich seine Geschichte bewußt sei und in deren Kenntnis die nationale Identität in europäischem Kontext gesehen wird. In einem späteren Interview sagte er zu der Kritik an diesem Satz: „Als ich diesen Satz im israelischen Parlament sagte, war er allgemein verständlich, denn der Satz ist auch völlig in Ordnung. Was heißt er? Ich habe gesagt: Wer wie ich 15 Jahre am Ende der

⁴⁸ zit. Michael Stürmer: Der Enkel Adenauer; in Filmer/Schwan: Helmut Kohl, Düsseldorf / Wien 1985, S. 249.

⁴⁹ PProt 9/121, S. 7216B.

⁵⁰ Jürgen Leinemann: Helmut Kohl. Ein Mann bleibt sich treu, Berlin 2001, S. 39.

⁵¹ Michael Stürmer: Der Enkel Adenauer, S. 249.

⁵² PProt 9/121, S. 7227B-7227C.

⁵³ Michael Stürmer: Der Enkel Adenauer, S. 251.

Nazizeit war, der war zu jung, um in Schuld zu geraten mit 15 Jahren. Er war aber alt genug, um noch zu begreifen - jedenfalls zum Schluß -, was da passiert ist. ... Dass Leute wie wir, die das, ob wir wollten oder nicht, mitgemacht, miterfahren haben, die Pflicht haben, an die nächste Generation, die all das nur aus den Papieren und Erzählungen weiß, das weiterzugeben und den Leuten sagen: Seit einmal ganz vorsichtig, bevor ihr über eine ganze Generation zu Gericht sitzt.“⁵⁵ Der Politik konnte daher seinem Verständnis nur in Kenntnis der Geschichte eine zielorientierte Perspektive verliehen werden.⁵⁶

Kohl versuchte Geschichte jedoch durch Symbole zu veranschaulichen und sie weniger als historisch bewertete Darstellung zu sehen.⁵⁷ Die nach außen sichtbarsten Beispiele sind das *Deutsche Historische Museum* in Berlin und das *Haus der Deutschen Geschichte* in Bonn, deren Errichtung Kohl bereits in seiner ersten Regierungserklärung angekündigt hat.⁵⁸ Kohl verband jedoch seine Symbolik vielfach mit aktiver Politik. So wurde der Speyerer Dom und der Heidelberger Studienort für Kohls historisierende Darstellungspolitik bei Staatsbesuchen.⁵⁹ Er setzte sich damit wesentlich von anderen ab, die - wie beispielsweise Bundespräsident Richard von Weizsäcker - stärker in der Ausdrucksfähigkeit der Rede Symbolik suchten. So wurde die Erinnerung zum 40. Jahrestag des Kriegsendes und die deutsch-amerikanischen Freundschaft durch einen Besuch auf dem Soldatenfriedhof von Bitburg symbolisiert. Bereits ein Jahr zuvor nutzte Kohl die Symbolik der Soldatenfriedhöfe von Verdun und Douamont, auf denen gemeinsam mit Frankreichs Staatspräsident Francois Mitterrand die deutsch-französische Freundschaft symbolisiert wurde. Das der Besuch des Bitburger Friedhofes in der öffentlichen Darstellung aufgrund der dort begrabenen Angehörigen der Waffen-SS eher negativ auffiel und auch die U.S.-Seite pikiert war, störte Kohl nicht: die dort begrabenen SS-Angehörigen seien in der Mehrheit unter 25 Jahre gewesen und daher nach den Regeln der Entnazifizierung als Jugendliche entlastet worden.⁶⁰ Kohls Sinn für Symbolik war hier deutlich stärker ausgeprägt und wirkte daher zeitweise eher deplaziert, da Symbolik auch negativ wirken konnte.

Kohl verband jedoch mit der historisierenden Symbolik sein Verständnis von Deutschland, Tradition und Europa. Ziel war nicht die Verherrlichung rückwärtsorientierter Sichtweisen, sondern „Mißgriffe“ sind eher der Unbekümmertheit „Gnade der späten Geburt“ geschuldet.⁶¹

2.3 Die Entstehung der Regierungserklärungen als Element des kohlschen Arbeitsstils

Regierungserklärungen entstehen in der Regel in einem Entwicklungsprozeß, in den die gesamte Regierung eingebunden ist und die Bundesministerien dem Regierungschef fachspezifisch zuarbeiten. Für Kohl wurde der Entstehungsprozeß einer Regierungserklärung

⁵⁴ Helmut Kohl bei seinem Antrittsbesuch beim französischen Staatspräsidenten Francois Mitterrand am 4. Oktober 1982, zit. Klaus Dreher: Helmut Kohl, S. 289.

⁵⁵ zit. Jürgen Leinemann: Helmut Kohl, S. 39.

⁵⁶ Michael Stürmer: Der Enkel Adenauer, S. 250.

⁵⁷ Jürgen Leinemann: Helmut Kohl (1930); in Wilhelm von Sternburg (Hrsg.): Die deutschen Kanzler . Von Bismarck bis Kohl, Berlin 1998, 2. Auflage, S. 460.

⁵⁸ PIProt 9/121, S. 7227C.

⁵⁹ Helmut Kohl: Erinnerungen, S. 82.

⁶⁰ Klaus Dreher: Helmut Kohl, S. 365.

⁶¹ Peter März: An der Spitze der Macht . Kanzlerschaften und Wettbewerber in Deutschland, München 2002, S. 186.

anders und auf seinen persönlichen Stil zugeschnitten. Gerade die Regierungserklärungen von 1982 und 1983 - wie auch die Regierungserklärung zur Maueröffnung vom 28. November 1989 - sind symptomatisch für diesen Stil, der die Ministerialbürokratie außen vor ließ und den ein enger Kreis von persönlichen Vertrauten Kohl bestimmte⁶². Obwohl die Zuständigkeit für die Erarbeitung der Regierungserklärung beim Chef des Bundeskanzleramtes - damals Waldemar Schreckenberger - lag⁶³, waren diese im unmittelbaren Einflußbereich Kohls entstanden und erst Wolfgang Schäuble hatte Zugang zu diesem Kreis.

Kohl stand am 2. Oktober 1982 vor dem Problem, dass im Kanzleramt und der gesamten Ministerialbürokratie noch auf Bundeskanzler Schmidt orientierte Beamte an den führenden Stellen saßen und damit die Vertrauensbasis zwischen Bundeskanzler und Ministerialbürokratie noch nicht gegeben war.⁶⁴ Ein Regierungsprogramm - das Wahlprogramm von 1980 war aufgrund veränderter Rahmenbedingungen nicht mehr relevant - lag ebenfalls nicht vor, so dass binnen kürzester Zeit eine programmatische Rede mit den Zielen und Schwerpunkten der neuen Regierung entworfen werden mußte.⁶⁵ Eine zentrale Rolle nahm dabei Horst Teltschik, der Kohl bereits in dessen Amtszeit als rheinland-pfälzischer Ministerpräsident beraten hatte, ein.

Kohls erste Regierungserklärung als Bundeskanzler beruhte auf Vorarbeiten, die er im Sommer 1982 in Auftrag gegeben hatte: in Assoziationstests wurden Schlüsselworte auf ihre suggestive Wirkung beim Wähler erprobt, um sie dann an der richtigen Stelle - und weitgehend auch bis zur letzten „Großen Regierungserklärung“ zu verwenden. Dies prägte beispielsweise den Begriff „Koalition der Mitte“, nachdem „neue Koalition“ zwar etwas neues, jedoch keine Standortbestimmung verdeutlichte. Kohl prägte damit einen Stil, der sich bis an das Ende seiner Kanzlerschaft wiederum durchzog: zwar trat er den Medien oft distanziert und vereinzelt gar ablehnend gegenüber, er nutzte jedoch gleichzeitig die Instrumente der modernen Öffentlichkeitsarbeit und der suggestiven Beeinflussung über die Medien, um den Wähler die von ihm gewollten Werte zu vermitteln.

Die programmatische Orientierung der Regierungserklärung bedurfte jedoch einer fachpolitischen Fundierung, die der Regierungsapparat zum damaligen Zeitpunkt noch nicht liefern konnte. Kohl war daher ausschließlich auf einen kleinen Kreis enger Vertrauter angewiesen, dem neben Teltschik sein Redenschreiber Dettling, der frühere Leiter des Parteibüros Wolfgangs Bergsdorf und der Politikwissenschaftler Werner Weidenfeld angehörten. Zeitweise kamen noch andere Personen, wie Alfred Herrhausen, hinzu, die den Prozeß fachspezifisch unterstützten. Nachdem auf eine Zuarbeit seitens der Ministerien verzichtet werden mußte und ein Gerüst für die Regierungserklärung fehlte, war das Redaktionsteam auf einen diskursiven Stil - gemeinsam mit Kohl - angewiesen. Kohl selbst hielt sich eher im Hintergrund und nahm die beobachtende Rolle ein. Erst durch seine Zusammenfassungen der Diskussionsprozesse gewann die Regierungserklärung ihre inhaltliche Ausrichtung und programmatische Essenz.

⁶² vgl. auch Klaus Dreher: Helmut Kohl, S. 325.

⁶³ Karl-Rudolf Korte: Die Regierungserklärung, S. 24.

⁶⁴ Karl-Rudolf Korte: Deutschlandpolitik in Helmut Kohls Kanzlerschaft, S. 83.

zu den personellen Problemen beim Amtsantritt ausführlich Klaus Dreher: Helmut Kohl, S. 284.

Der Koalitionspartner wurde in den Entstehungsprozeß nicht mehr einbezogen. Nach Verabschiedung der Koalitionsvereinbarung wurde er faktisch vor vollendete Tatsachen gestellt.

Ähnlich wie 1982 wurde die letztliche Regierungserklärung wiederum von einem kleinen Kreis enger Vertrauter Kohls verfaßt. Kohl war ursprünglich durchaus bereit, sich des Regierungsapparates zu bedienen und bereits im Vorfeld der Bundestagswahlen wurde seitens seiner Redenschreiber Norbert Prill und Stefan Eisele ein Gerüst erarbeitet; gleichzeitig erging an die Bundesministerien der Auftrag, Textbeiträge anhand des erstellten Gerüsts zuzuliefern. Die Verantwortung für die Erstellung der Regierungserklärung lag diesmal beim Chef des Bundeskanzleramtes, Schreckenberger.⁶⁶ Der fertige Entwurf wurde schließlich im Kabinett am 21. April 1983 vorgelegt und von den Koalitionspartnern abgesehnet.

Erst der Stil Kohls, sich in vielen Fragen auch von außen Rat einzuholen, ließ den ursprünglichen Redetext verschwinden und einen vollkommen Neuen entstehen. Einer seiner bereits aus den Mainzer Tagen bekannten Vertrauten, Weidenfeld, riet Kohl, den Redetext zu überarbeiten und prognostizierte andernfalls ein vernichtendes Urteil in der öffentlichen Darstellung. Ihm fehlte nach Ansicht Weidenfelds vor allem die programmatische Gesamtkonzeption hinter den Detailwünschen der Ressorts, so dass der rote Faden der Regierungspolitik die für die neue Legislaturperiode nicht erkennbar war.⁶⁷ Gemeinsam mit Michael Stürmer - Professor für Geschichte an der Universität Erlangen - formulierte Weidenfeld im Auftrag Kohls und an den Hierarchien des Bundeskanzleramtes vorbei eine vollkommen neue Regierungserklärung, die zwar den ursprünglichen Text berücksichtigte, jedoch durch die Formulierung in einem Gerüst von sieben Leitgedanken zugespitzt wurde. Die Verantwortung lag dadurch jedoch nicht mehr in der Hand von Waldemar Schreckenberger, der nach Ansicht Weidenfelds eine zu bürokratische Sprache verwandte, sondern - wie bereits 1982 und später bei der Formulierung des „10 Punkte Programms zur Deutschen Einheit“⁶⁸ - verließ sich Kohl auf ein kleines Team von persönlichen Vertrauten. Dabei spielte es für Kohl bis zum Schluß keine Rolle, ob diese Mitarbeiter des Bundeskanzleramtes waren oder nicht und welcher Hierarchieebene sie zugehörten. Als Bundeskanzler nahm er sich vielmehr das Recht, die Hierarchie zwar einzubinden, gleichzeitig jedoch auch „ungebundenen“ Rat einzuholen.

Die (neue) Regierungserklärung selbst wurde dem Kabinett und dem Koalitionspartner nur noch zur Unterrichtung vorgelegt, nicht mehr zu Mitentscheidung. Lediglich Franz-Josef Strauß konnte noch Einwände erheben, die jedoch nicht ins Gewicht fielen.

Erst die „Große Regierungserklärungen“ seit 1987 waren *in house*-Reden, die nahezu vollständig durch das Redenschreiberteam der Abteilung 5 unter Leitung von Norbert Prill und Stefan Eisele entstanden und die nunmehr vom Chef des Bundeskanzleramtes Wolfgang Schäuble verantwortet wurden. Die Fachabteilungen des Bundeskanzleramtes lieferten für

⁶⁵ Karl-Rudolf Korte: Kommt es auf die Person des Kanzlers an? . Zum Regierungsstil von Helmut Kohl in der „Kanzlerdemokratie“ des deutschen „Parteienstaates“, ZParl 29 (1998), S. 387-401 (388).

⁶⁶ Karl-Rudolf Korte: Deutschlandpolitik in Helmut Kohls Kanzlerschaft, S. 109.

⁶⁷ Karl-Rudolf Korte: Deutschlandpolitik in Helmut Kohls Kanzlerschaft, S. 108.

⁶⁸ Regierungserklärung zum Fall der Berliner Mauer im Rahmen der Haushaltsdebatte am 28. November 1989, PIProt 11/177; abgedruckt in: Helmut Kohl: Bilanzen und Perspektiven, S. 296-321.

ihren Bereich Beiträge zu und deren Leiter wurden in die Erarbeitung der Regierungserklärung mit einbezogen. Einzig der deutschlandpolitische Teil der Regierungserklärung von 1987 entstammt der Zuarbeit von Werner Weidenfeld, der als Externer diesmal nur fachspezifisch und nicht mehr wie früher global hinzugezogen wurde. Zwar wechselten zur Erarbeitung der beiden folgenden „Großen Regierungserklärungen“ die Akteure, jedoch nicht mehr das Entstehungsmuster.

Die Redenschreiber Kohls besaßen neben der eigentliche Erstellung der Rede noch eine andere wichtige Funktion: die Überdeckung von Kohls rhetorischen Problemen, welche sich auch vielfach im Presseecho auf die Regierungserklärungen niederschlugen.⁶⁹ Das von Kohl verwandte „Mutti-Deutsch ... [mit] peinlichsten Anleihen hoheitlicher Sprache“⁷⁰ erforderte von den Redaktionsteams, Kohls pfälzischen Dialekt so umzusetzen, dass er weniger stark in eine volkstümliche Sprechweise abrutschte.⁷¹

Die Regierungserklärungen kamen jedoch auch inhaltlich regelmäßig in der öffentlichen Darstellung eher schlecht an. Die Kritik reichte von „Reden ist Silber, Regieren ist Gold“⁷² - eher positiv formuliert - bis zu einem „Katalog der Unverbindlichkeiten“⁷³. Während *Der Spiegel* Kohl bereits mit der Regierungserklärung von 1983 „Langsam, aber sicher stetig bergab“⁷⁴ steigen und die Kanzlerschaft Kohls - sowohl aufgrund dessen vorgehaltener Programmlosigkeit als auch aufgrund der Auseinandersetzungen mit Franz-Josef Strauß - bereits wieder zu Ende gehen sah, wurde der WDR 1987 schließlich deutlicher und kommentierte, dass Programmlosigkeit wohl eher weniger zur Kohls Schwächen zählte: „Der Bundeskanzler tat kund, was er in den nächsten vier Jahren verwirklichen will. Doch die Unberechenbarkeit politischer Entwicklung erlaubt es selten, bereits Details bekannt zu geben. Auch Dr. Kohl mußte sich folglich auf pauschal gehaltene Absichten beschränken.“⁷⁵ Der WDR - der eher nicht dem Einflußbereich der CDU zuzurechnen - relativierte damit die bisher Kohl immer vorgehaltene Kritik, die lediglich von der eher konservativen Presse nicht geteilt wurde.⁷⁶

⁶⁹ In den Bonner Anfangsjahren Kohls als Oppositionsführer wurde er deshalb auch Journalisten verstärkt in kleinen Runden präsentiert, um hier die politischen Vorstellungen der Union zu präsentieren und besser zu vermitteln (Eduard Ackermann in „Helmut Kohl - ein deutscher Kanzler“, Phoenix 9.4.2005).

⁷⁰ Franz J. Raddatz: Der Mann ohne Eigenschaften, Die Zeit 22.10.1982.

⁷¹ Jürgen Leinemann: Helmut Kohl, S. 39.

Heinrich-August Winkler: Der lange Weg nach Westen II . Deutsche Geschichte 1933-1990, Bonn 2004 (BpB-Lizenzausgabe Bd. 463), S. 403.

⁷² Reden ist für Kohl Silber, Regieren aber Gold; RhP 5.5.1983.

⁷³ Katalog ohne Farbe, NRZ 5.5.1983.

⁷⁴ „Langsam, aber stetig bergab“, Der Spiegel 19/1983, S. 17.

⁷⁵ WDR 3 vom 18.3.1987 (Wolfram Nette: Häufig pauschal gehaltene Absichten), zit. Karl-Rudolf Korte: Die Regierungserklärung, S. 243.

⁷⁶ „Herz der Menschen“, Bild 5.5.1983.

3 Die Partei und das persönliche Umfeld zur Etablierung der Macht

3.1 Die Partei als Basis von Helmut Kohls Machtposition

Die Macht Helmut Kohls beruhte auf den drei Säulen Partei, Fraktion und Kanzleramt.⁷⁷ Für Kohl spielte dabei immer die Partei die zentrale Grundlage für seinen Machtaufbau, während die Fraktion und das Kanzleramt seiner Absicherung und organisatorische Ressource dienten. Ähnlich wie Konrad Adenauer ist er auch als Bundeskanzler zuerst Parteipolitiker und dann Bundeskanzler⁷⁸ gewesen - auch hier war Kohl das Gegenteil von Helmut Schmidt, für den der Staat vor der Partei kam.⁷⁹

Kohls Verständnis von der Partei als unerläßliche Machtstütze war bereits frühzeitig vorhanden. „Nur den ersten Bundesparteitag der CDU in Goslar 1950 erlebte ich nicht mit, an den folgenden Treffen konnte ich stets teilnehmen. Bei all diesen Gelegenheiten knüpfte ich für die Zukunft wichtige Kontakte mit Gleichgesinnten innerhalb und außerhalb meines eigenen Bundeslandes.“⁸⁰ Parteitage dienten ihm zur Knüpfung eines vielfältigen und stabilisierenden Netzwerkes. In den früheren Tagen seiner Parteiarbeit dienten ihm die regelmäßigen Treffen der Partei auch, um sich durch Kritik am „Honoratiorientum der Mutterpartei“ CDU rasch zu profilieren⁸¹ und sich Parteiämter als Ausgangspunkt seiner politischen Karriere zu sichern. Kohl suchte nicht nur den Konflikt, sondern auch Parteiämter, über die er Politik gestalten konnte und gleichzeitig mit dem Rückhalt des Amtes „Duftmarken“ zu setzen im Stande war.

Für Kohls bundespolitische Machtstellung entscheidend war jedoch die Modernisierung des Parteiapparates nach der Übernahme des CDU-Bundesvorsitzes 1973. Es kam ihm dabei weniger auf eine persönliche Handlungsbasis an - die bestand bis 1976 in der Mainzer Staatskanzlei und danach bis 1982 in den Ressourcen der Fraktion -, sondern vielmehr wollte der neue Parteivorsitzende die Möglichkeiten der Partei als *think tank* nutzen. Die Nominierung Kurt Biedenkopfs folgte diesem Prinzip, da Biedenkopf zwar nicht in der Partei verankert, nach Kohls Ansicht „... fähig war, die Veränderungen in Staat und Gesellschaft mit Augenmaß zu sehen und daraus die notwendigen Konsequenzen für unsere Partei abzuleiten.“⁸² Diesem Prinzip folgend war später auch die Nominierung von Heiner Geißler als Nachfolger des 1977 ausgeschiedenen Biedenkopfs. Geißler wie Biedenkopf waren für Kohl programmatische Denker und politische Organisatoren mit einem Bewußtsein für die Setzung von politischen Akzenten und politischem Spürsinn.⁸³

Neben Biedenkopf verpflichtete der neue Parteivorsitzende für die programmatische Arbeit Richard von Weizsäcker, der die Nuancenveränderung, die Kohl gerade in Bezug auf die FDP suchte, untermauerte. Es gelang den drei inhaltlichen Köpfen damit innerhalb eines halben Jahres - auf dem Hamburger Bundesparteitag vom 18. bis 20. November 1972 - einen Diskussionsprozeß über die Ausrichtung der CDU zu initiieren und die Lethargie nach dem

⁷⁷ Gerd Langguth: Das Innenleben der Macht . Krise und Zukunft der Macht, Berlin 2001, S. 30.

⁷⁸ Ferdinand Müller-Rommel / Gabriele Pieper: Das Bundeskanzleramt als Regierungszentrale, APuZ 41 (1991) B 21-22, S. 3-13 (12).

⁷⁹ Heinrich-August Winkler: Der lange Weg nach Westen II, S. 397.

⁸⁰ Helmut Kohl: Erinnerungen, S. 89.

⁸¹ Helmut Kohl: Erinnerungen, S. 89.

⁸² Helmut Kohl: Erinnerungen, S. 318.

⁸³ Vgl. Helmut Kohl: Erinnerungen, S. 447

Peter März: An der Spitze der Macht, S. 179.

Machtverlust 1969 endgültig zu beenden.⁸⁴ Die bestehenden programmatischen Gremien und Foren der Partei wurden zudem durch eine grundlegende Umstrukturierung der Bundesgeschäftsstelle gestärkt, in denen ihnen nun Fachreferenten zurarbeiteten und unter Anleitung des Generalsekretärs eine strukturierte Arbeit mit abgestimmter Zielrichtung erreichten.⁸⁵ Die Partei wurde dadurch in die Lage versetzt, die programmatische Orientierungsfindung zu leisten und insbesondere in den Feldern Sozial- und Familienpolitik die Meinungsführerschaft zu übernehmen.

Die Neuordnung der Bundesgeschäftsstelle und die Veränderung der Bundessatzung der CDU schwächten die Landesverbände und gaben Kohl die Möglichkeit der Zentralisierung der Kampagnenführung vom Konrad-Adenauer-Haus aus.⁸⁶ Ziel war hier die Verbesserung der Abstimmung zwischen den Politiken der einzelnen Ebenen und die Stärkung der öffentlichen Darstellung der Gesamtpartei mit dem Ziel der Rückgewinnung der Regierungsmacht und Meinungsführerschaft. Dies war umso stärker notwendig, da mit dem Verlust der Kanzlerschaft 1969 auch die zentralen Agitationsmöglichkeiten sowie der Kanzler als Integrationsfigur verloren gegangen war.⁸⁷ Die finanzielle Basis für diese Veränderungen schuf die Erhöhung des Beitragsanteils der Bundespartei von 15,5 % auf 31 % bis 1978.⁸⁸ Gleichzeitig wurden jedoch auch die Basiseinheiten organisatorisch gestärkt und in allen Kreisverbänden hauptamtlich besoldete Mitarbeiter eingestellt. Die Kreisverbände avancierten damit zu Servicestellen für eine Ebene, deren Arbeit bislang ausschließlich von ehrenamtlich tätigen Funktionäre geleistet worden war. Kohl war somit bestrebt, die Partei insgesamt zu professionalisieren und die ehrenamtlichen Funktionäre von Verwaltungsarbeiten zu entlasten - diese sollten an die Wählerbasis gehen und für die Politik der CDU werben. Damit wurde jedoch auch der Prozeß der Umwandlung von der Honoratioren- zur Mitgliederpartei unumkehrbar. Der Erfolg der steigenden Mitgliedszahlen zeigte die Richtigkeit dieser Strategie.

Aber auch die Führungsebene der Partei wurde neu strukturiert. In der Parteispitze wurden durch konkrete Aufgabenzuordnungen an die Präsidiumsmitglieder Verantwortlichkeiten für bestimmte Politikfelder geschaffen und damit die eine stärkere Einbindung in die Arbeit und Außendarstellung der Partei erreicht. Erst mit dem Amtsantritt von Volker Rühle als Generalsekretär wurde die Ressortierung von Politikfeldern zugunsten einer Ressortierung der Wahrnehmung von Kontakten zu abgegrenzten politischen und gesellschaftlichen Organisationen abgelöst, da Rühle in der Politikfeldzuordnung eine nicht gewollte Kabinettsnachbildung sah.⁸⁹

Mit der Installierung von Carl Carstens als Fraktionsvorsitzender konnte sich Kohl zudem die Bundestagsfraktion als ihm zuzurechnender politischer Akteur sichern und gegenläufige

⁸⁴ Oskar Fehrenbach: Helmut Kohl . Ein biographisches Essay; in Hans Klein (Hrsg.): Die Bundeskanzler, Berlin 1995, 3. Auflage, S. 358.

⁸⁵ Joachim Piehl: Machtwechsel 1982 . Handlungsbedingungen und Regierungstätigkeit in zentralen Politikfelder der sozial-liberalen Koalition, Frankfurt/Main 2002, S. 133.

⁸⁶ U.a. war die Ernennung von Landesgeschäftsführern nur noch im Einvernehmen mit dem Generalsekretär der Bundespartei möglich.

⁸⁷ Joachim Piehl: Machtwechsel 1982, S. 128.

⁸⁸ Joachim Piehl: Machtwechsel 1982, S. 134.

⁸⁹ Peter Haungs: Parteipräsidien als Entscheidungszentren der Regierungspolitik - am Beispiel der CDU; in Hans-Hermann Hartwich / Göttrik Wewer (Hrsg.): Regierung in der Bundesrepublik II . Formale und informale Komponenten des Regierens in den Bereichen Führung, Entscheidung, Personal und Organisation, Opladen 1991, S. 116.

Tendenzen vermeiden.⁹⁰ Das politische Machtzentrum der CDU wurde wieder in die Parteizentrale zurückgeholt.⁹¹ Nicht mehr die Bundestagsfraktion war damit der zentrale Akteur der CDU-Politik, sondern die Partei und ihr Vorsitzender. Mit der Neuordnung der inhaltlichen Arbeit - Ausbau und Stärkung des Systems der Bundesfachausschüsse, Einführung einer Planungsgruppe beim Generalsekretär - konnte die Partei auch die Trends der Politik nunmehr beeinflussen und sich von der Vormachtstellung der Bundestagsfraktion lösen.

Kohl zentraler Verdienst war eine Revitalisierung der Partei. Nach dem Machtverlust hat sich die CDU mit dem selbigen nicht wirklich abfinden können und die sozialliberale Koalition eher als „Betriebsunfall“ den als Ausdruck des Wählerwillens nach Veränderung gesehen. Weniger im britischen Sinne als *competitive and alternative opposition* als mehr als verhinderte Regierung gerierte die Union mit alten Regierungsvorlagen und vollzog nur in der Fraktion die organisatorischen Veränderungen von der Regierungs- zur Oppositionspartei nach.⁹² Die fehlende programmatische Grundlage jedoch wurde unter die Verantwortung Kohls gelegt und trug nach 1976 wesentlich zur „erfolgreichen Oppositionsarbeit“ bei. Unter Kohl und dem Eindruck der Wahlniederlage von 1972 nahm die CDU ihre Oppositionsrolle an und schuf die Voraussetzung für eine alternative Politikdarstellung zur Regierung.⁹³ Die inhaltliche Diskussion über das neue Parteiprogramm, um eine Neuausrichtung der Familien- und Sozialpolitik und zentrale Fragen der Außen- und Deutschlandpolitik waren die zentralen Felder, auf denen die CDU nunmehr Alternativen zur Politik der Bundesregierung vorlegte. Obwohl Kohl die Geschlossenheit nach Außen immer ein zentrales Anliegen war, sah er die Notwendigkeit, nach den langen Regierungsjahren die Freiräume der Opposition zu nutzen und sich programmatisch zu regenerieren.

Kohls Stellung in der Partei wurde jedoch nicht nur durch die organisatorischen Neuerungen, die teilweise bereits unter seinem Vorgänger Rainer Barzel eingeleitet worden waren, begründet. Kohl verstand es vielmehr, vielen kleinen Funktionären das Gefühl zu geben, sie seien für die Partei und für Kohl persönlich wichtig. Kohl galt als einer über die Vorgänge innerhalb der CDU bestinformiertesten Parteivorsitzenden.⁹⁴ Wie auch in der Hierarchie der Regierungsbehörden waren für den Parteivorsitzenden nicht die hierarchischen Strukturen - also die Landesverbände als erster Ansprechpartner für den Bundesvorsitzenden - die leitende Richtschnur für die Kommunikationswege, sondern auch der unmittelbare Kontakt zu den Funktionären der unteren Parteiebenen. Diese Kontaktpflege, die auf dem über Jahrzehnte aufgebautem Beziehungsnetzwerk basierte, wurde Kohl gerade in der Zeit seiner schwersten innerparteilichen Krise 1989 zu entscheidenden Stütze.

⁹⁰ Helmut Kohl: Erinnerungen, S. 337

Gerd Lengguth: Das Innenleben der Macht, S. 49.

⁹¹ Peter Haungs: Die CDU . Prototyp einer Volkspartei; in Alf Mintzel / Heinrich Oberreuther (Hrsg.): Parteien in der Bundesrepublik Deutschland, Bonn 1992, 2. Auflage (BpB-Schriftenreihe Bd. 282), S. 208.

Gerd Lengguth: Das Innenleben der Macht, S. 49.

⁹² Ludger Helms: CDU/CSU-Opposition im 6. und 14. Deutschen Bundestag, ZPol 10 (2000), S. 511-538 (517).

⁹³ Robert Hofmann: Geschichte der deutschen Parteien . Von der Kaiserzeit bis zur Gegenwart, München 1993, 2. Auflage, S. 203.

⁹⁴ Peter Haungs: Kanzlerprinzip und Regierungstechnik im Vergleich: Adenauers Nachfolger, APuZ 39 (1989) B 1-2, S. 28-39 (32).

Für den Parteivorsitzenden war die Partei stets das Zentrum seines Agierens. Kohl war der erste Bundeskanzler, der seine prägenden Erfahrungen ausschließlich in der Partei gesammelt und sich von der Parteibasis bis in das Bundeskanzleramt hochgearbeitet hatte.⁹⁵ Im Gegenzug zur Bundestagsfraktion fühlte sich Kohl daher auch in den „Armen der Partei“⁹⁶ verstanden und der Wählerbasis nah. Für ihn galt die unmittelbare Kommunikation, die er in den Ortsvereinen und auf den Landesparteitagen fand, als das Mittel zum Gewinn von Wahlen, nicht die „Bonner Schlangengrube“.⁹⁷ Kohl verstand es durch kleine Gefälligkeiten Vertrauen bei den unteren Ebenen zu schaffen und durch die Art seiner Kommunikation das Gefühl zu vermitteln, deren Anliegen und Wünsche seien beim Parteivorsitzenden und Bundeskanzler wahrgenommen worden.⁹⁸ Es ging dabei weniger um materielle Fragen sondern stärker um immaterielle Gabe von Gunstbeweisen. Hierzu zählte der Anruf zum Geburtstag ebenso wie die Vermittlung von Rednern oder sonstige organisatorische Hilfen. Selbst in Krisen wie 1979 und 1989 besaß Kohl immer den Rückhalt in der Basis, um sich aus der Bonner Depression zu befreien.⁹⁹ Auch wenn dadurch die Bonner Pläne wie 1989 durch Heiner Geißler ihm nicht unmittelbar bekannt wurden, so ermöglichten sie es Kohl jedoch, in der Basis beständig seinen Rückhalt zu festigen und zu testen und damit die Voraussetzung für den Machterhalt zu schaffen.

3.2 Die FDP als machtpolitisches Kalkül

Die FDP spielte im machtpolitischen Denken Helmut Kohls bereits frühzeitig in seinen Mainzer Tagen eine wichtige Rolle und beherzigte dabei immer den Rat, den ihm sein großes Vorbild Adenauer gegeben hatte: „Herr Kohl, an einer absoluten Mehrheit werden Sie keine Freude haben. Dann müssen Sie nämlich auf jeden Hinterbänkler, auf manchen Heckenschützen und Gauner Rücksicht nehmen.“¹⁰⁰ Kohl übernahm zwar bereits die Koalition mit den Liberalen in Rheinland-Pfalz von seinem Amtsvorgänger Altmaier, jedoch war er immer auf einen Ausgleich der unterschiedlichen Politikvorstellungen bemüht und versuchte, seinen Koalitionspartner sowohl auf Landes- wie auch später auf Bundesebene nicht zu übervorteilen.

Bereits 1966, unmittelbar nach seiner Wahl zum rheinland-pfälzischen Landesvorsitzenden, hatte Kohl auf Bundesebene sich darüber hinaus auch für die Fortsetzung der Koalition mit der FDP eingesetzt und als Alternative die Oppositionsrolle vorgezogen.¹⁰¹ Insbesondere in der von der *Großen Koalition* geplanten Einführung des Mehrheitswahlrechts sah Kohl langfristig jede Bewegungsmöglichkeit der CDU auf Bundes- und insbesondere auf Länderebene gefährdet, da dies für die FDP das nahezu sichere parlamentarische Aus

⁹⁵ Karlhein Niclaß: Kanzlerdemokratie - Bonner Regierungspraxis von Konrad Adenauer bis Helmut Kohl; in Hans-Hermann Hartwich / Göttrick Wewer (Hrsg.): Regierung in der Bundesrepublik I . Konzeptionelle Grundlagen und Perspektiven der Forschung, Opladen 1990, S. 140.

⁹⁶ Klaus Dreher: Helmut Kohl, S. 207.

⁹⁷ Klaus Dreher: Kohl in der Schlangengrube, SZ 14.12.1978.

⁹⁸ Gerd Lengguth: Das Innenleben der Macht, S. 104.

⁹⁹ Wolfgang Wiedemeyer: Der Bonner Dschungel; in Werner Filmer / Heribert Schwan: Helmut Kohl, Düsseldorf / Wien 1985, S. 167.

¹⁰⁰ Helmut Kohl: Erinnerungen, S. 207.

¹⁰¹ Helmut Kohl: Erinnerungen, S. 196
Klaus Dreher: Helmut Kohl, S. 98.

bedeutet hätte.¹⁰² Das hier nicht nur allein der Blick auf die FDP als Koalitionspartner eine Rolle spielte, sondern eine staatspolitische Verantwortung, wurde von Kohl ebenso verdeutlicht: „Nach meiner Auffassung würde die Wahlreform der NPD nur nützen, indem sie in bestimmten Gebieten eine Alleinregierung ermöglichte. Im übrigen gab es nach meiner Erfahrung eine Menge Leute in der Bundesrepublik, darunter auch viele treue CDU-Wähler, die dagegen waren, eine demokratische Partei mit der Tradition der FDP per Wahlrechtsänderung ins Aus zu stellen.“¹⁰³

Obwohl Kohl die *Große Koalition* nicht verhindern konnte, zeigte sich jedoch bereits damals die Langfriststrategie, die er in Bezug auf die FDP verfocht. Unter anderem warb er in diesem Zusammenhang den FDP-Bundesgeschäftsführer Hans Friderichs, der nach 1972 in der sozialliberalen Koalition Bundesminister für Wirtschaft war, als Landwirtschaftsstaatssekretär in seine Mainzer Regierung - mit Zustimmung Scheels und Genschers - ab. Auch nach den Landtagswahlen vom 21. März 1971, die der CDU eine absolute Mehrheit in Rheinland-Pfalz brachte, war für den Ministerpräsidenten nicht die „Stunde der Rache für Bonn“, sondern „der langfristigen Strategie“¹⁰⁴ gekommen und bot der FDP die Fortsetzung der Koalition an.¹⁰⁵

Dieses strategische Denken nahm Kohl auch mit nach Bonn und einer seiner ersten wichtigen Auftritte in Bonn - unmittelbar nach der Bundestagswahl 1969 - drehte sich um die FDP. Obwohl Hans-Dietrich Genscher das Gespräch in seinen Memoiren eher als eine Routineangelegenheit nach jeder Bundestagswahl beschreibt¹⁰⁶, verdient es bei Helmut Kohl eine besondere Aufmerksamkeit. Kohl beschreibt dieses Gespräch als ein Zusammentreffen, in dem er der FDP Offerten aufzeigte und wollte auch in einer Situation, die nach seiner Darstellung bereits entschieden war, Kontakt zu einem der später bedeutendsten Figuren der FDP aufbauen.¹⁰⁷ Kohl stellt das Verhältnis zu Genscher auch nach der nicht zustande gekommenen Koalition als „freundschaftlich“ dar, in dem viele offene Gespräche möglich waren und das hier wohl später auch die Basis für den Koalitionswechsel der FDP 1982 gelegt worden war.

Für Kohl war sehr früh klar, dass ein Koalitionswechsel nur mit der FDP möglich ist.¹⁰⁸ Auf eine absolute Mehrheit - bisher auf Bundesebene nur zwischen 1957 und 1961 durch die

¹⁰² Helmut Kohl: *Erinnerungen*, S. 200.

¹⁰³ Helmut Kohl: *Erinnerungen*, S. 201.

¹⁰⁴ Helmut Kohl: *Erinnerungen*, S. 279.

¹⁰⁵ Der Landeshauptausschuss der FDP entschied sich im Mai 1971 gegen die Fortsetzung der Koalition, nachdem eine Wohlverhaltensklausel für Abstimmungen im Bundesrat von der CDU abgelehnt würden war. Staatssekretär Friderichs blieb jedoch im Landwirtschaftsministerium bis 1972.

¹⁰⁶ Hans-Dietrich Genscher, *Erinnerungen*, S. 109.

¹⁰⁷ Helmut Kohl, *Erinnerung*, S. 266 f.

Es ist bemerkenswert, dass die Darstellungen des Gesprächs in zwei entscheidenden Punkten voneinander abweichen. Kohl ist der Ansicht, dass Genscher keinen Verhandlungsauftrag des FDP-Vorstandes besessen hätte. Genscher beschreibt in seinen Memoiren jedoch genau das Gegenteil - während Wolfgang Mischnick und Hans-Günther Hoppe sich mit Vertretern der SPD trafen und erste Sondierungen führten, wurde Genscher mit einem Gespräch mit Kohl als Vertreter der CDU beauftragt - offenbar war auch die Wahrnehmung der Rolle Kohls in der CDU hier verschieden.

Noch in einem anderen, für die FDP zentralen Punkt der damaligen Koalitionsverhandlungen gehen die Darstellungen Genschers und Kohls auseinander: die Zustimmung zu einem Außenminister Walter Scheel. Genscher macht deutlich, dass Kohl zwar der FDP und Scheel das Entwicklungshilferessort, nicht jedoch das Außenamt angeboten habe (Hans-Dietrich Genscher: *Erinnerungen*, S. 109). Kohls Darstellung nach war die Berufung Scheels zum Außenminister für die CDU und Bundeskanzler Kissinger keine Frage, an der die Koalition zwischen Union und FDP scheitern solle (Helmut Kohl: *Erinnerungen*, S. 266).

¹⁰⁸ Werner Kaltefleiter: *Die Kanzlerdemokratie des Helmut Kohl*, ZParl 37 (1996), S. 27-37 (32).

CDU/CSU gewonnen - wollte Kohl nicht vertrauen, da sie ihm letztlich selbst zu unwahrscheinlich schien.¹⁰⁹ Insofern bot die FDP für Kohl die einzige realistische Möglichkeit, die Regierung zu übernehmen und eine von ihm nicht gewollte *Große Koalition* auszuschließen. Genscher wußte um die Bedeutung, die die Union für die FDP als potentieller Koalitionspartner besaß. Obwohl Genscher in seinem ersten „Wendebrief“ vom 20. August 1981 sowohl CDU/CSU wie SPD für ihre mangelnde Reformfähigkeit kritisierte¹¹⁰, war von ihm hierin bereits die Option für einen Wechsel zu Kohl verdeutlicht.¹¹¹ Genscher machte schließlich selbst deutlich, dass ein Festhalten an einer Koalition zur SPD nicht die einzigste Option ist: „Es wird eine Entscheidung notwendig sein, die uns befähigt, die Herausforderungen zu bestehen ...“¹¹²

Kohl hatte auf diese Situation bereits seit der Übernahme des Fraktionsvorsitzes hingearbeitet. Das Trennende zwischen CDU/CSU und FDP - die Ostverträge und die Frage der bürgerlichen Rechte - wurden systematisch in den Hintergrund der Oppositionspolitik der Union gestellt.¹¹³ In der Deutschlandpolitik wurde von der CDU nicht mehr die Anerkennung der DDR generell abgelehnt, sondern nunmehr auf die fehlenden positiven Auswirkungen in der Achtung der Menschenrechte durch die DDR hingewiesen. Die Union drängte nunmehr darauf, den Menschenrechtsdialog via der KSZE stärker in den Vordergrund zu stellen.¹¹⁴ Kohls Ziel war es, das Trennende zwischen den Koalitionspartnern herauszustellen, ohne dabei die FDP in für sie zentralen Feldern frontal anzugreifen. In Kohls Aufzählung der Agenda der Unions-Fraktion im Bundestag dieser Zeit tauchten diese Punkte, die gerade im Hinblick auf die Vertriebenenverbände ein besonderes Anliegen dargestellt hatten, nicht mehr auf.¹¹⁵ Stattdessen wurden die Themen Wirtschaft-, Finanz- und Sozialpolitik, in denen deutliche Konfliktlinien zwischen den Koalitionspartnern bestanden und wo die Affinität zwischen Union und FDP größer war, hervorgehoben.¹¹⁶ Kohl erleichterte damit der FDP, den Übergang von der SPD zur Union als Koalitionspartner¹¹⁷ und nutzte gleichzeitig eine FDP interne Verschiebung der Macht vom linksliberalen zum wirtschaftsliberalen Flügel. Dieser Politik- und Interessenwandel wurde auch von der FDP-Basis mitgetragen, der eine emotionale Abkehr von der bisherigen sozialliberalen Koalition bedeutete.¹¹⁸ Kohl gelang es so 1983, die strategische Mehrheit wieder herzustellen, die die CDU unter Bundeskanzler Adenauer bereits zur dominierenden Partei gemacht hatte: während die Unterschiede zwischen SPD und FDP nach 1980 immer deutlicher zu Tage traten, wurde in der FDP die

¹⁰⁹ Gerd Langguth: *Das Innenleben der Macht*, S. 113.

¹¹⁰ vgl. Hans-Dietrich Genscher an die Funktionsträger der FDP vom 21.8.1981; abgedruckt in: Joseph Bückler / Helmut Schlimbach: *Die Wende in Bonn . Deutsche Politik auf dem Prüfstand*, Heidelberg 1983, S. 16.

¹¹¹ Robert Schmelzer: *Kein Tabu für Genscher*, FNP 21.8.1981.

¹¹² ARD, Interview mit „Report“ vom 25.8.1981; abgedruckt in: Joseph Bückler / Helmut Schlimbach: *Die Wende in Bonn . Deutsche Politik auf dem Prüfstand*, Heidelberg 1983, S. 19.

¹¹³ Werner Kaltefleiter: *Die Kanzlerdemokratie des Helmut Kohl*, S. 33.

¹¹⁴ Hans-Otto Kleinmann: *Geschichte der CDU 1945-1982*, Stuttgart 1993, S. 418.

Jens Hacker: *Kontinuitäten und Diskontinuitäten in den innerdeutschen Beziehungen der siebziger und achtziger Jahre - Positionen*; in Peter März (Koordination): *40 Jahre Zweistaatlichkeit in Deutschland .- Eine Bilanz*, München 1999, S. 260.

¹¹⁵ vgl. Helmut Kohl: *Erinnerungen*, S. 499.

¹¹⁶ Die sozialliberale Koalition hatte eines der zentralen Anliegen die Umsetzung der durch Willy Brand als Außenminister (1966-69) angestoßenen Ostpolitik umzusetzen. (vgl. Kurt Schacht: *Die FDP . Zur Geschichte und Politik*, Frankfurt/Main 1980, S. 117).

¹¹⁷ Kurt Schacht: *Die FDP*, S. 118.

¹¹⁸ Peter Lösche / Franz Walter: *Die FDP . Richtungsstreit und Zukunftswandel*, Darmstadt 1996, S. 105.

Bereitschaft zur Fortsetzung der Koalition immer geringer, so dass letztlich eine Koalition gegen die Union nicht mehr möglich war.¹¹⁹

Obwohl Kohl und Genscher übereinstimmend betonten, vor dem 17. September 1982 - dem Tag des Rücktritts der FDP-Minister in der sozialliberalen Koalition - keine Gespräche zum Koalitionswechsel geführt zu haben¹²⁰, so wurde doch deutlich, dass die zahlreichen fachlichen Kontakte und die Änderung der Politik der Union in Nuancen eine Atmosphäre vorbereitet hatte, die beiden Politikern einen Wechsel ermöglichte. Insbesondere für Genscher war der Wechsel besonders riskant, da sich hiergegen innerhalb der FDP erheblicher Widerstand formiert hatte und er für den entscheidenden Bundesparteitag im November 1982 eine inhaltlich in der FDP tragbare Begründung benötigte. Genscher betonte denn auch, dass sich für ihn das Verhältnis zu Kohl deutlich leichter gestaltete, da Beide der selben Generation angehörten und sich insofern „auf Augenhöhe“ begegnen konnten.¹²¹

Die FDP war für Kohl innerhalb der Koalition immer wieder auch das ausgleichende Element, um Strauß aus Bonn fernzuhalten und seine Machtposition innerhalb der Union zu sichern.¹²²

Die FDP wurde dabei weniger durch eine überproportionale Stärke im Kabinett bei Laune gehalten, sondern durch politische Zugeständnisse. Die FDP besaß - mit Ausnahme der Regierung Adenauer I - immer ein Übergewicht an Kabinettsämtern im Vergleich zur Stärke der Bundestagsabgeordneten innerhalb der Regierungskoalition.¹²³ Auch die Betrachtung von CSU und seit 1998 der GRÜNEN zeigt, dass alle kleineren Koalitionspartner seit 1953 ein stärkeres personelles Gewicht innerhalb der Regierung besaßen, als sie innerhalb der Koalition an Abgeordneten vorweisen konnten. Eine Bevorteilung der FDP in den Ämtern war daher nicht erkennbar. Einzig die Verteilung der Ministerien unter den Koalitionspartnern bildete einen Anhaltspunkt für eine Protegierung durch Kohl und ein stärkeres Gewicht. Die Zuordnung von zwei von fünf klassischen Ressorts sowie des Wirtschaftsministeriums an den kleineren Koalitionspartner ist eher einmalig. Hinzu kommt, dass Kohl bei den der FDP kontrollierten Ministerien auf jegliche personelle Einflussnahme verzichtete¹²⁴ und nach 1987 auch akzeptierte, dass die beiden Staatsminister im Auswärtigen Amt vom Koalitionspartner gestellt wurden. Da in der Regel in jedem Ministerium der Parlamentarische Staatssekretär aus den Reihen des anderen Koalitionspartners kam, wird hier eher das besondere Gewicht, welches die FDP für Kohl spielte, deutlich. Hier spielt letztlich auch eine Rolle, dass die wichtigsten Entscheidungen nicht im Kabinett oder den Ministerien, sondern in Koalitionsgesprächen gefallen sind, in denen alle Partner gleichberechtigt waren.

Genscher begründete die Erhöhung der Zahl der FDP-Minister 1987 auch nicht mit einem Ausbau seiner eigenen Machtposition, sondern mit dem Resultat der Wahlen vom 25. Januar

¹¹⁹ Werner Kaltefleiter: Die Kanzlerdemokratie, S. 34.

¹²⁰ Helmut Kohl: Erinnerungen, S. 629

Hans-Dietrich Genscher: Erinnerungen, S. 460.

¹²¹ Hans-Dietrich Genscher: Erinnerungen, S. 472.

¹²² Karl-Rudolf Korte: Kommt es auf die Person des Kanzlers an?, S. 388.

¹²³ vgl. hierzu Anlage 1 „Gewichtung der Koalitionspartner in den Bundesregierungen“.

¹²⁴ Die Hoheit der FDP über ihre Ministerien wurde beim Amtsverzicht Genschers 1982 deutlich. Hier vollzog Kohl lediglich die Entscheidung der FDP-Bundestagsfraktion und des FDP-Bundesvorstandes, Klaus Kinkel als Außenminister und Sabine Leutheusser-Schnarrenberger als Justizministerin zu ernennen. Auch Jürgen Möllemann, obwohl im Ansehen bei Kohl nicht sehr hoch stehend, wurde in diesem Zuge Vizekanzler, ohne das Kohl sich dagegen stellt.

1987, das innerkoalitionär die Gewichte zugunsten der FDP verschoben hatte.¹²⁵ Es ging also um ein Austarieren der Machtverhältnisse.

Die Begünstigung der FDP lief viel eher programmatisch und über die in einer Koalition unabdingbaren Koppelgeschäfte. Kohl war bewußt, dass die Vetomacht der FDP bei der Durchsetzung von Unions-Anliegen deutlich größere war als umgekehrt.¹²⁶ Die FDP war hier strategisch begünstigt, da sie innerhalb ihrer Fraktion und Partei auf weniger innerparteiliche Gruppierungen Rücksicht nehmen mußte und zudem innerhalb der Fraktion der wirtschaftsliberale Flügel ein meinungskonzentrierendes Übergewicht besaß. So wurde 1987 die Umweltpolitik, wenn auch nicht in der Intensität wie von der FDP gewünscht, Teil des Regierungsprogramms.¹²⁷

Die Bedeutung der FDP für Kohl wird jedoch bei den Koalitionsverhandlungen zur Deutschlandpolitik von 1983 deutlich. Im Wahlprogramm von CDU und CSU bekannte sich die Union noch klar zu einer Politik, die im strausschen Sinne einer Konfrontation provozierte: „Wir stehen zu allen Verpflichtungen aus der innerdeutschen Vertragspolitik - aber wir erwarten von der DDR das gleiche.“¹²⁸ Die Passage war letztlich auch eine Verschärfung der Programmaussagen des Wahlprogramms von 1980.¹²⁹ Impliziert unterstellt wurde darin letztlich, dass die DDR ihren diesbezüglichen Verpflichtungen gerade nicht nachkomme. Außenminister Genscher und die FDP sahen hierin einen Angriff auf die Vertragspolitik, die in den 1970er Jahren wesentlich von ihr mitgestaltet worden war und die letztlich eigentlich eine Abkehr von der Nuancenverschiebung, die Kohl nach 1976 durchgeführt hatte, bedeutete. Nachdem es während der Koalitionsverhandlungen zu heftigen Auseinandersetzungen zwischen Strauß und Genscher gekommen war und Kohl keine Lösung sah, wurde das Thema Deutschlandpolitik in der Koalitionsvereinbarung nicht angeschnitten.¹³⁰ In der Regierungserklärung bekannte sich Kohl ohne den Zusatz aus dem Wahlprogramm schließlich zu den Verträgen mit der DDR¹³¹ und verschaffte der Vereinbarung mit Genscher einer „Deutschlandpolitik der leisen Töne“¹³² Geltung. Obwohl Kohl in seiner eigenen Partei und insbesondere in der CSU für die Position von Strauß durchaus Unterstützung besaß, gab er hier eher Genscher nach und riskierte einen unionsinternen Konflikt, um die FDP weiterhin an sich zu binden.

¹²⁵ „Genscher war unser rettender Nagel“, Der Spiegel 5/1997, S. 9.

¹²⁶ vgl. hierzu Uwe Kranenpohl: „Man nicht jeden Monat die Koalitionsfrage stellen!“, ZfP 46 (1999), S. 283-297 (292).

¹²⁷ „Genscher war unser rettender Nagel“, Der Spiegel 5/1987, S. 17.

¹²⁸ „Arbeit, Frieden, Zukunft Miteinander schaffen wir´s“ Wahlprogramm der CDU/CSU 1983, S. 12.

¹²⁹ vgl. „Für Frieden und Freiheit . Das Wahlprogramm der CDU/CSU“, 1980, S. 9 ff.

¹³⁰ Karl-Rudolf Korte: Deutschlandpolitik in Helmut Kohls Kanzlerschaft, S. 102

Bemerkenswert ist, dass Genscher in seiner Biographie jenen Punkt, in dem für ihn auch innerparteilich seine persönliche Glaubwürdigkeit und die Zuverlässigkeit der Vereinbarungen mit Kohl aus dem Jahr 1982 auf dem Spiel standen, komplett auslässt.

¹³¹ Regierungserklärung vom 4. Mai 1983 (Klaus Stüwe, S. 310).

¹³² „Langsam, aber sicher stetig bergab“, Der Spiegel 19/1983, S. 18.

3.3 Das persönliche Umfeld

Bereits sehr lange vor seinem Amtsantritt schuf sich Helmut Kohl ein persönliches Umfeld, welches keine nach aussen sichtbaren Funktionen wahrnahm und nur auf ihn zugeschnitten war. Dies waren einerseits administrative Kräfte, die in ihren Aufgaben besoldet wurden und andererseits Berater, die aus Wirtschaft, Gesellschaft und Wissenschaft kamen und in Anlehnung an den ähnlich strukturierten externen Beraterkreis des früheren U.S.-Präsidenten Bill Clinton hier „Friends of Helmut“ bezeichnet werden.

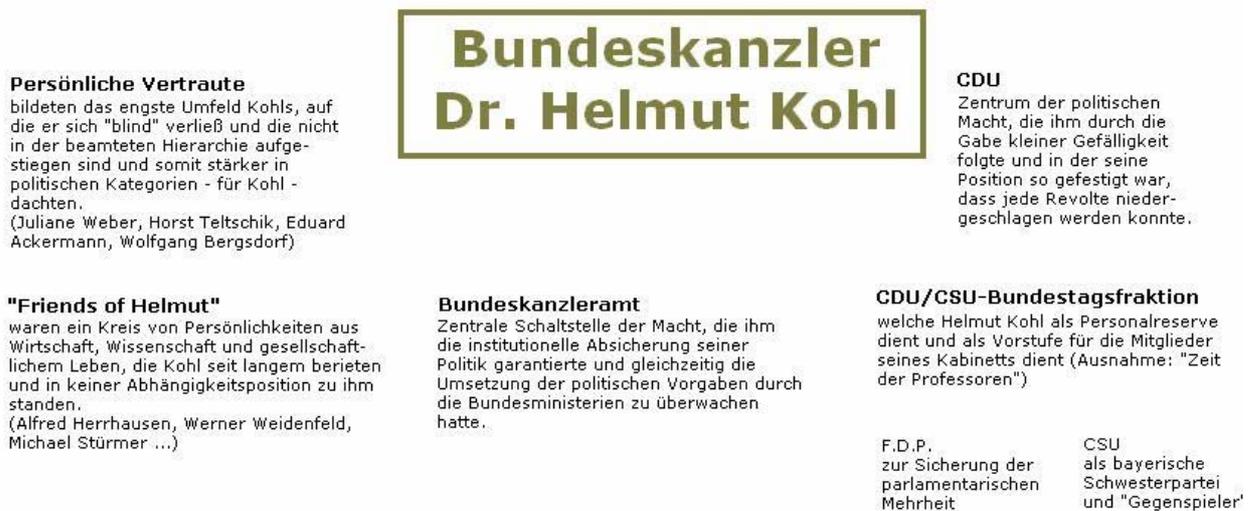


Abbildung 1 Schematische Darstellung des Machtgefüges Helmut Kohls

„Helmut Kohl hat einen Hang dazu, sich mit Menschen zu umgeben, die er kennt und mit denen er kann.“¹³³ Was Philipp Jenninger damit meinte, ist eine zentrale Nuance in Kohls Machtpolitik. Kohls engste Mitarbeiter wie Juliane Weber als seine Sekretärin oder Horst Teltschik als außenpolitische Berater begleiteten ihn über einen langen Zeitraum von seinem Aufstieg vom Mainzer Ministerpräsidenten bis zur Kanzlerschaft. Kohl setzte darauf, Mitarbeiter langjährig an sich zu binden und faßte nur schwer Vertrauen zu Veränderungen in seinem unmittelbarem Umfeld.¹³⁴ Erst eine langfristige Betrachtung durch den Kanzler ermöglichte es neuen Kräften in den *inner circle* zu gelangen - mit zunehmender Machtfülle verschloß sich Kohl vor neuen Mitarbeitern.

Horst Teltschik war als Referent und Redenschreiber in die Mainzer Staatskanzlei gekommen.¹³⁵ Obwohl dort nicht sein eigentliches Aufgabenfeld lag, war er bereits in den Mainzer Tagen und später als Büroleiter des Fraktionsvorsitzenden Kohl einer der „wichtigsten politischen Mitarbeiter“¹³⁶ insbesondere in außenpolitischen Fragen. Kohl, selbst außenpolitischer Novize und bis 1982 hauptsächlich auf die Innen- und Deutschlandpolitik fixiert, vertraute dem Rat Teltschiks nahezu uneingeschränkt. Später als Leiter der

¹³³ Ada Brandes: „Mainzer Mafia“ um Kohl, StZ 23.6.1983.

¹³⁴ Gerd Langguth: Das Innenleben der Macht, S. 73.

¹³⁵ Peter März: An der Spitze der Macht, S. 183.

¹³⁶ Helmut Kohl: Erinnerungen, S. 346.

außenpolitischen Abteilung im Bundeskanzleramt unternahm er im Auftrag Kohls und häufig am Auswärtigen Amt vorbei, wichtige Konsultationen mit ausländischen Regierungschef.¹³⁷ Diesen war bewußt, dass in Teltschik Kohl persönlich sprach und es dabei nicht lediglich um einen Meinungs austausch, sondern um konkrete Absprachen ging. Wie bereits dargestellt, gestaltete Teltschik bis zu seinem Ausscheiden aus dem Bundeskanzleramt 1991 wichtige Reden nicht nur als außenpolitischer Berater, sondern als zentraler Kopf und Chefdenker des Kanzlers. Auch nach seinem Ausscheiden aus dem Bundeskanzleramt, was für Kohl eher irritierend war¹³⁸, beriet Teltschik Kohl noch in verschiedenen Fragen der internationalen Politik loyal und wurde unter anderem durch die Protektion Kohls zum Leiter der Münchner Sicherheitskonferenz.¹³⁹

Ebenso wie Teltschik war auch die Sekretärin Kohls, **Juliane Weber**, eine langjährige Mitarbeiterin und leitete dessen Büro bereits 1963 als Mainzer Fraktionsvorsitzender. Obwohl sie in Bonn lediglich als Sekretärin des Bundeskanzlers eingestuft war, leitete sie faktisch das Kanzlerbüro und ventilierte die Ausbrüche ihres Chefs bis in die kleinste Parteecke hinein¹⁴⁰, nachdem die eigentlichen Büroleiter bereits räumlich von Kohls Arbeitszimmer entfernt saßen und nur spärlich von Kohls Handeln erfuhren. Das sie auch persönlich für das Wohlergehen Kohls sorgte, wie dies Kohls Biograph Dreher beschreibt¹⁴¹, ist Ausdruck für ihre Machtstellung und Nähe im *inner circle* Kohls. Weber war wohl die einzigste Person in Kohls Umfeld, die wußte wie der Bundeskanzler dachte und daher auch die Vorsprachelisten entsprechend den jeweiligen Vor- und Abneigungen für Kohl gestalten konnte.¹⁴² Was Ackermann für die Presse und Teltschik für die Weltpolitik war, war Weber für die Partei: sie schöpfte Informationen in alle Richtungen ab und teilte durch den Bundeskanzler ausgeteiltes Lob und Schelten den Partei- und Fraktionsmitgliedern mit.¹⁴³ Friedbert Pflüger beschreibt ihren Einfluß sogar soweit, dass in Ungnade gefallene Personen durch Juliane Weber bei Kohl wieder an Ansehen gewinnen konnten.¹⁴⁴

Eine dritte zentrale Figur in Kohls Umfeld war **Eduard Ackermann**, den Kohl nach 1976 von seinem Amtsvorgänger als Fraktionsvorsitzenden übernahm. Der fast erblindete Ministerialdirektor hatte unumschränkten Zugang zum Kanzler und war sowohl dessen faktischer Sprecher wie auch Blitzableiter. Ackermann kannte die Bonner Presselandschaft wie kaum ein anderer und pflegte über Hintergrundgespräche die Presselandschaft mit verlässlichen Informationen, ohne jedoch Indiskretionen zu verbreiten. Seine eigentliche Funktion bestand nicht in der Leitung der ihm zugeordneten Abteilung, also insbesondere der Kontakt zu gesellschaftlichen Gruppen und der Redeerstellung, sondern in der Ventilierung von Information über Kohl an das Bonner Pressekorps und die Beratung des Bundeskanzlers in Medienfragen.¹⁴⁵ Dabei war Ackermann häufig besser informiert und für die

¹³⁷ Knoll: Das Bundeskanzleramt . Organisation und Funktion von 1949-1999, Wiesbaden 2004, S. 336.

¹³⁸ Gerd Langguth: Das Innenleben der Macht, S. 85.

¹³⁹ ebd., S. 85.

¹⁴⁰ Friedbert Pflüger: Ehrenwort . Das System Kohl und der Neubeginn, Stuttgart / München 2000, S. 19.

¹⁴¹ vgl. Klaus Dreher: Helmut Kohl , S. 314.

¹⁴² vgl. ebd., S. 315.

¹⁴³ Gerd Langguth: Das Innenleben der Macht, S. 89.

Friedbert Pflüger: Ehrenwort, S. 20.

¹⁴⁴ Friedbert Pflüger: Ehrenwort, S. 19.

¹⁴⁵ Thomas Knoll: Das Bundeskanzleramt, S. 349.

Pressevertreter wesentlich wichtiger als der Regierungssprecher selbst.¹⁴⁶ Auch nach seiner Pensionierung - hier gleicht er sich in gewisser Weise mit Horst Teltschik - war er noch Vertrauter und Berater des Kanzlers, ohne jedoch in den Kreis der „Friends of Helmut“ zu treten.

Daneben war er einer der wenigen, die die Wutausbrüche des Kanzlers über sich ergehen lassen konnten, ohne jemals in Ungnade zu fallen.¹⁴⁷

Während die besoldeten Mitarbeiter an Kohl loyal gebunden waren und dieser sie im Gegenzug auch bei Fehlern schützte¹⁴⁸, bildete der Kreis der „Friends of Helmut“ einen äußeren Kreis, der Kohl themenorientiert und temporär beriet. Dieser Kreis war deutlich heterogener als die besoldeten Mitarbeiter, bestand aber dennoch meist aus langjährigen Vertrauten.

Zentrale Figuren in diesem Kreis waren hier der Politologieprofessor Weidenfeld und der Historiker Stürmer. Weidenfeld hat Kohl bereits in seinen Mainzer Tagen beraten und wurde nach der Übernahme der Kanzlerschaft durch Kohl lange Zeit in die Erarbeitung wichtiger Reden einbezogen. Aber auch Wirtschaftsmanager wie Alfred Herrhausen und Hans Tietmeyer und die Brüder Ramstetter aus seinem Ludwigshafener Umfeld waren für Kohl immer wieder wichtige Ansprechpartner, um politische Planungen außerhalb der Ministerialbürokratie zu diskutieren und zu überdenken.

Neben der Erarbeitung von Entscheidungen im kleinen Kreis, was ihn als Zentrum jeder Entscheidung erscheinen ließ, besaß Kohl noch ein anderes Instrument, um sich Informationen zu beschaffen und gleichzeitig für Betroffene wie Außenstehende zu zeigen, welchen Stellenwert sie in Kohls Sicht besaßen - Kohls abendliche Bungalowrunden.

Kohls Führungsstil war personenorientiert und ihm kam es weder in der Partei noch in seinen öffentlichen Ämtern auf die Hierarchie an. Die Kanzlerrunden im Dienstbungalow des Kanzlers in Bonn spiegelten diesen - für seinen Vorgänger Schmidt nie vorstellbaren - Führungsstil wieder. In unregelmäßigen Abständen lud Kohl hier sowohl Mitarbeiter als auch Politik ein, um über aktuelle Fragen zu diskutieren wie über die persönlichen Eigenschaften und Schwächen einzelner Politiker. Der Kreis war weder von der Teilnehmerebene wie von seinen Teilnehmern selbst konstant, sondern in ihm spiegelte sich auch wieder, wer beim Bundeskanzler in der Gunst stand und somit auch Zugang besaß. Obwohl bereits Juliane Weber über ihre Kontakte in die Partei vielfach nicht nur atmosphärische Stimmungen in der Partei vermittelte, sondern auch persönliche Probleme einzelner Politiker aufnahm,¹⁴⁹ bildeten auch in solchen Fragen die abendlichen Gesprächsrunden eine wichtige Informationsquelle. Die damit gewonnene „Steuerungsfähigkeit“¹⁵⁰ half Kohl wiederum, im Gespräch mit den betroffenen Personen eine persönliche Beziehung zu schaffen und so verbessert das eigentliche Ziel seiner Gespräche, den Machterhalt und die Informationsgewinnung, zu erreichen. Kohl hatte diese Form der persönlichen Anteilnahme bereits bei seinem Aufstieg erfolgreich praktiziert und umwarb Ludwig Erhardt und Kurt-

¹⁴⁶ „Milch in den Eimer“, Der Spiegel 20/1983, S. 29.

¹⁴⁷ Gerd Langguth: Das Innenleben der Macht, S. 90.

¹⁴⁸ Katja Schlesinger: Ausbau der Hausmacht im Bundeskanzleramt . Die Systeme Schmidt, Kohl und Schröder, Köln 2000 (unver.MA), S. 32.

¹⁴⁹ Gerd Langguth: Das Innenleben der Macht, S. 73.

¹⁵⁰ ebd., S. 73.

Georg Kissinger auch dann noch, als sie bereits im Abstieg begriffen waren und sicherte sich so dennoch ihren vorhandenen (Rest-) Einfluß bei der Gewinnung der Macht in Bonn.

Da diese Treffen gleichzeitig für alle Vertraulichkeit suggerierten, gab sie den Teilnehmern im Ansehen der restlichen Fraktions- und Parteimitglieder ein erhebliches Gewicht und - sollte die Einladung nicht mehr erfolgen - umgekehrt auch ein deutliches Zeichen des Ansehensverlustes beim Kanzler.

4 Die Regierungszentrale - Machtzentrum des Kanzlers und Parteivorsitzenden

Vielfältig ist die Erfahrung, dass die Qualität der Führungsfigur ganz entscheidend von der Qualität seiner Mitarbeiter abhängt und der Aufbau eines qualitativ hochwertigen Umfeldes für den Erfolg einer „Mission“ von Bedeutung ist. Für einen Regierungschef trifft dies sowohl auf die Mitglieder seines Kabinetts, aber insbesondere auf das unmittelbare Umfeld zu, welches nach außen in der Regel nicht in Erscheinung tritt. Ein solches Umfeld stellen die Mitarbeiter des Bundeskanzleramtes dar, die für eine geräuschlose Umsetzung der Entscheidungen des Bundeskanzlers zu sorgen haben.¹⁵¹ Das Bundeskanzleramt stellte in diesem Zusammenhang die dritte Säule Kohls Machtgefüges nach 1982 dar, welches ihm eine persönliche und mit hohem Potential agierende Plattform gab.

Formal lassen sich die Funktionen des Bundeskanzlers mit den Schlagworten Information, Koordination, Lenkung und Gestaltung zusammenfassen.¹⁵² Als unmittelbar dem Bundeskanzler zugeordnetes „Ministerium“ übernimmt das Bundeskanzleramt die Vorbereitung und Umsetzung von dessen Richtlinienkompetenz gem. Art. 65 GG und ist gleichzeitig das Sekretariat der Bundesregierung.¹⁵³ Dieser rein formalen Funktionsbeschreibung wird jedoch die Funktion, die es im Politikprozess und als Machtbasis für Helmut Kohl spielte, nicht gerecht. Dies wurde gerade in den ersten Monaten der Amtszeit deutlich. Formal war das Bundeskanzleramt funktionsfähig, praktisch mußte es sich jedoch erst personell und strukturell auf den neuen Amtsinhaber einstimmen.¹⁵⁴ Vielmehr muß hier die Organisationsentwicklung, die das Bundeskanzleramt in seiner unmittelbaren Ausrichtung auf den Bundeskanzler nahm, betrachtet werden.

Kohl nahm 1982 in zwei wichtigen Bereichen zentrale Veränderungen vor.

An die Spitze der aussenpolitischen Abteilung berief der Bundeskanzler anstatt wie bisher üblich einen Karrierediplomaten, aus den Reihen des Auswärtigen Amtes mit Horst Teltschik seinen langjährigen außenpolitischen Berater und Büroleiter in der Bundestagsfraktion.¹⁵⁵ Da der Leiter der Abteilung gleichzeitig der außenpolitische Berater des Bundeskanzlers war, verlor mit dieser Berufung das Auswärtige Amt einen wichtigen Einflußbereich auf die Politik des Regierungschefs. Die Berufung war damit keine reine amtsinterne Angelegenheit, sondern ein Traditionsbruch und rief den Widerspruch des Auswärtigen Amtes hervor, da

¹⁵¹ Katja Schlesinger: Ausbau der Hausmacht, S. 13.

¹⁵² Müller-Rommel/Pieper: Das Bundeskanzleramt, S. 5.

¹⁵³ Katja Schlesinger: Ausbau der Hausmacht im Bundeskanzleramt, S. 13.

Karlheinz Niclauß: Bestätigung der Kanzlerdemokratie? . Kanzler und Regierungen zwischen Verfassung und politischen Konventionen, APuZ .49 (1999) B 20, S. 27-38 (31).

¹⁵⁴ Karl-Rudolf Korte: Deutschlandpolitik in Helmut Kohls Kanzlerschaft, S. 83.

diesem letztlich der „Botschafter des Auswärtigen Amtes beim Bundeskanzler“¹⁵⁶ abhandeln gekommen war. Das Auswärtige Amt begründete seinen traditionellen Anspruch dann vor allem auch damit, dass die Außenpolitik zu komplex ist, als dass sie einem eher parteipolitisch versierten Beamten statt eines Karrierediplomaten anvertraut werden könnte. Mit dem Besuch des Soldatenfriedhofes Bitburg, der weitgehend vom Bundeskanzleramt und Teltschik persönlich vorbereitet worden war, sah sich das Auswärtige Amt letztlich in dieser Haltung bestätigt¹⁵⁷ und konnte erreichen, dass die Nachfolger Hartmann und Bitterlich wieder aus dem Auswärtigen Amt ins Kanzleramt abgeordnet wurden. Allerdings ist hier auch zu erwähnen, dass insbesondere Joachim Bitterlich bereits zuvor als Referats- und Gruppenleiter im Bundeskanzleramt tätig war und nur so das Vertrauen Kohls erlangen konnte.

Teltschik brauchte nicht an seine Karriere im Auswärtigen Amt zu denken und war auch nicht in die amtsinternen Loyalitäten eingebunden, so dass er unabhängiger von den dortigen Interessen agieren und denken konnte.¹⁵⁸ Kohl war es so möglich, Rat nicht nur von im diplomatischen Geschäft versierten Beamten einzuholen, sondern sich „politisch“ von einem engen Vertrauten beraten zu lassen, der ihn aus jahrelanger Zuarbeit kannte. Die Unabhängig, die Teltschik in seiner Person verkörperte, wurde auch gegenüber dem Kanzler deutlich, nachdem der außenpolitische Berater einer der letzten war, der ohne dafür in Ungnade zu fallen, Kohl amtsintern kritisieren konnte.¹⁵⁹

Eine andere zentrale Veränderung war die Auflösung der Planungsabteilung und Umwandlung in die Abteilung „Gesellschaftliche und politische Analysen, Kommunikation“. Mit Eduard Ackermann wurde auch hier ein enger Vertrauter Kohls an die Spitze berufen. Er hatte bereits als Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion dem früheren Mainzer Ministerpräsidenten in der Öffentlichkeitsarbeit als Fraktionsvorsitzender zugearbeitet und war gerade in Kohls Bonner Anfangsjahren 1976 mit seinen vielfältigen Kontakten zur Presse unerlässlich. Die Abteilung betreute keine Bundesministerien, wie die anderen operativen Abteilungen im Bundeskanzleramt, sondern bildete für Ackermann quasi die Basis als persönlicher Sprecher des Bundeskanzlers. Darüber hinaus hatte sie als zentrale Aufgabe die Vorbereitung der Reden des Bundeskanzlers und den Kontakt zu gesellschaftlichen Gruppen und Kirchen.¹⁶⁰ Kohl schaltete damit jedoch das Bundespresseamt, welches geschäftsordnungsmäßig eigentlich die Öffentlichkeitsarbeit zu erledigen hatte, faktisch aus. Seine Medienkontakte liefen über Ackermann, später Andreas Fritzenkötter und über sie wurden auch die Medientermine vorbereitet. Dies führte ebenso wie die Arbeitsweise Teltschiks zu zahlreichen Konfliktpunkten, da der Regierungssprecher für das Pressekorps nicht mehr interessant war und mangels unmittelbarem Zugang zu Kohl letztlich auch nur wenig wirklich Interessantes weitergeben konnte.¹⁶¹

¹⁵⁵ Katja Schlesinger: Ausbau der Hausmacht, S. 33.

¹⁵⁶ Karlheinz Nclauß: Kanzlerdemokratie, S. 231.

¹⁵⁷ Hans-Ulrich Derlien: Regierungsorganisation - institutionelle Restriktionen des Regierens?; in Hans-Hermann Hartwich / Göttrik Wewer (Hrsg.): Regierung in der Bundesrepublik I . Konzeptionelle Grundlagen und Perspektiven der Forschung, Opladen 1990, S. 101.

¹⁵⁸ Katja Schlesinger: Ausbau der Hausmacht im Bundeskanzleramt, S. 33.

¹⁵⁹ Gerd Langguth: Das Innenleben der Macht, S. 84.

¹⁶⁰ Thomas Knoll: Das Bonner Bundeskanzleramt, S. 287.

¹⁶¹ Katja Schlesinger: Ausbau der Hausmacht im Bundeskanzleramt, S. 58.

Um den Abteilungsleiterstatus Ackermanns zu rechtfertigen, wurde bislang eher dem Stabsbereich zugeordnete Aufgaben wie die Öffentlichkeitsarbeit oder das Redenschreiberteam in dieser Abteilung zusammengefaßt.¹⁶² Während die einzelnen Arbeitseinheiten unmittelbar dem Kanzler zuarbeiteten, fungierte Ackermann mehr nur formal als Abteilungsleiter.¹⁶³ Ackermann war vor allem hauptamtlicher Berater des Kanzlers für Öffentlichkeitsarbeit und stellte sicher, dass die Politik des Kanzlers bei der Presse vermittelt und in dessen Sinne interpretiert wurde.

Kohls Arbeitsstil, der bereits in der Mainzer Staatskanzlei von den Beamten mehr gefürchtet war, orientierte sich auch im Kanzleramt wenig an Geschäftsordnungen und Hierarchien. Kohl war dafür bekannt, sich Informationen unter Umgehung sämtlicher Dienstwege unmittelbar bei den zuständigen Sachbearbeitern zu holen und - im Gegensatz zu seinem Vorgänger - nicht Akten mit Randnotizen über den Dienstweg zurückzugeben. Die Hierarchieebenen waren daher nicht davor gefeit, Sachbearbeiterfunktionen zu übernehmen und umgekehrt konnten auch Sachbearbeiter durchaus von Kohl direkt als Ansprechpartner herangezogen werden.¹⁶⁴ Dies wirkte letztlich auch auf den Arbeitsstil des Kanzleramtes, das durch die hierarchie- und gremienungebundene Arbeitsweise Kohls erheblich in seiner inneren Ordnung gestört wurde.

Wolfgang Schäuble und seine Nachfolger schafften es zwar besser als Waldemar Schreckenberger, den Informationsfluß über sich laufen zu lassen oder durch die Einführung regelmäßiger Besprechungen mit den Abteilungsleitern wichtige Informationen aus der Arbeit des Amtes zu erhalten.¹⁶⁵ Allerdings konnten sie auch nur wenig entgegensetzen, wenn Kohl einzelne Referatsleiter oder gar Referenten persönlich ansprach und vortragen ließ. Für den Bundeskanzler war es deshalb auch wichtig, ihm loyale Mitarbeiter nicht nur in der Amtsspitze, sondern bis weit in die Referentenebene hin zu installieren.¹⁶⁶ Mit der so gewonnenen Informationsdichte konnte sich Kohl ein Gesamtbild verschaffen und Entscheidungen treffen. Allerdings achtete er auch darauf, dass nur er dieses Gesamtbild und so einen unumschränkten Informationsvorsprung besaß. Problematisch an diesen vor allem mündlichen Entscheidungsprozessen ist jedoch bis heute, dass zwar die Entscheidung selbst in den zuständigen Gremien dokumentiert wurde, nicht jedoch der Prozess der Entscheidungsfindung.

¹⁶² Thomas Knoll: Das Bonner Bundeskanzleramt, S. 294.

¹⁶³ vgl. hier die Bildung der Gruppe 52 „Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit“ (in: Thomas Knoll: Das Bonner Bundeskanzleramt, S. 303).

¹⁶⁴ Thomas Knoll: Das Bonner Bundeskanzleramt, S. 350.

¹⁶⁵ Katja Schlesinger: Ausbau der Hausmacht, S. 47.

¹⁶⁶ vgl. Jürgen Gros: Das Kanzleramt im Machtgeflecht von Bundesregierung, Regierungsparteien und Mehrheitsfraktion; in: Karl-Rudolf Korte / Gerhard Hirscher (Hrsg.): Darstellungspolitik oder Entscheidungspolitik . Über den Wandel von Politikstilen in westlichen Demokratien, München 2000, S. 103.

5 Schlußbetrachtung

Gerd Langguth beschrieb den Machtpolitiker Helmut Kohl - soweit es seine späten Kanzlerjahre betrifft - als Politiker „im Stile eines Barockfürsten“¹⁶⁷, der „keine grauen Eminenzen“ neben sich duldet¹⁶⁸. Von dem „Reformpolitiker“, als der er noch als Mainzer Ministerpräsident beschrieben wurde, scheint demnach wenig übriggeblieben zu sein und Kohl ist nach Ansicht von Langguth in die abgeschotteten und nach aussen undurchlässigen Machtstrukturen zurückgefallen, wie sie bereits für Konrad Adenauer als bezeichnend beschrieben wurden. Politik sollte demnach auf Gefolgschaft, nicht auf Diskussion beruhen.

In der Anfangszeit Kohls in Bonn war er noch der Reformpolitiker, der die Partei aus der Lethargie, die mit dem Regierungsverlust 1969 einsetzte, herausholte. Programmatisch wie organisatorisch vollendete er den Weg von der Honoratioren- und Regierungspartei zur Mitglieder- und Programmpartei. War das Machtzentrum mit dem Regierungswechsel 1969 vom Kanzleramt in die Fraktion gewechselt, so holte Kohl mit Unterstützung des Generalsekretärs Biedenkopf erstmals in die Partei und schuf die Basis, dass der Regierungswechsel 1982 gelingen konnte. Kohl gestaltete die Parteizentrale so um, dass nicht mehr die Landesverbände den Entscheidungsprozeß bestimmten, sondern er als Bundesvorsitzender. Nachdem Kohl bereits zuvor ein informelles Netzwerk bis weit in die Partei hinein geflochten hatte, schaffte er mit der Professionalisierung des Apparates durch die Ausweitung des hauptamtlichen Personals und die finanzielle Stärkung der Bundespartei auch administrativ die Voraussetzung für eine moderne Parteiarbeit. Die Partei wurde so in die Lage versetzt, bundesweit Kampagnen führen zu können und dabei nicht mehr wie bisher von den Interessen der Landesverbände abhängig zu sein.

Mit der programmatischen Öffnung und der Feinjustierung nach 1996 schuf Kohl auch das zweite zentrale Standbein, welches zum Regierungswechsel 1982 führt. Wollte Kissinger 1969 die FDP noch aus den Parlamenten vertreiben, suchte Kohl von Anbeginn immer den Kontakt zu hier und schliff die zentralen Konfliktpunkte der 7. Legislaturperiode. Zwar nicht personell, so doch programmatisch kam Kohl dem liberalen Koalitionspartner immer wieder entgegen und riskierte damit auch den Konflikt mit der Schwesterpartei CSU, die insbesondere in der Ostpolitik einen deutlich konfliktären Weg gehen wollte und zudem auch die Koalition mit der FDP in ihren Grundzügen nur wegen des Machterhaltes akzeptierte. Kohl nutzte daher die FDP neben der Machtgewinnung auch dazu, Franz-Josef Strauß von Bonn fernzuhalten und gleichzeitig die strategische Mehrheit zu behalten.

Während die Partei die Basis und die FDP zentrale Stütze der Position Helmut Kohls war, stellte das persönliche Umfeld und das Bundeskanzleramt eine der wesentlichen Ressourcen des Machterhaltes und der Machtausübung durch Kohl dar. Beide waren ihm verpflichtet und wurden in den langen Jahren des Aufstiegs Kohls von ihm rekrutiert und an ihn gebunden. Die Zeit nach der Deutschen Einheit, in der ihm zahlreiche Mitglieder dieses Umfeldes unter verschiedenen Umständen abhanden gekommen waren, war dann auch der Anfang vom Ende der Kanzlerschaft Helmut Kohls. Während Helmut Schmidts Kanzlerschaft aufgrund seines stärker administrativ ausgerichteten Führungsstils nicht von innen heraus erodierte,

¹⁶⁷ Gerd Lenguth: Das Innenleben der Macht, S. 107.

musste Kohl Kohls Handlungsgefüge in dem Moment zunehmend aufbrechen, in dem wichtige Mitglieder seines Umfeldes aus diesem ausschieden. So verlor er in Alfred Herrhausen 1989 seinen wirtschaftspolitischen *spiritus rector* und 1991 mit Horst Teltschik seinen außenpolitischen Ideengeber. Seit der Deutschen Einheit ging die Wählerbasis - nach einer kurzen Erholungsphase 1990 - jedoch langsam und stetig zurück und endete schließlich im Machtverlust 1998.

Obwohl Kohl in seiner Anfangszeit - gemeinsam mit Generalsekretär Biedenkopf - die CDU programmatisch neu orientierte, ließ diese inhaltliche Orientierungskraft nach 1982 in erstaunlicher Weise nach. Kohl, der von seinen Redenschreibern aufgrund seines Dialektes und Sprechweise besondere Begabung verlangen musste, orientierte sich in seinen Regierungserklärungen vor allem an aktuellen Problemen und weniger an langfristigen Lösungsstrategien.

Kohls zentrale inhaltliche Stützpfeiler seiner Politik war jedoch die Verknüpfung der deutschen mit der europäischen Einigung. Bereits in seiner ersten Regierungserklärung 1982 dargelegt zieht sich diese Frage über die Erklärung des „10-Punkte-Planes zur Deutschen Einheit“ vom 28. November 1989 bis zur letzten Regierungserklärung, in deren Folge es um die Implementierung des *Maastrichter Vertrages* ging. Für Kohl war die Verbindung dieser beiden Punkte im Sinne der historischen Werteentwicklung ein zentrales Anliegen, für dessen Umsetzung er seine gesamte Kanzlerschaft über eintrat.

Der zweite zentrale Stützpfeiler der Programmatik des Bundeskanzlers war die Wertedebatte und Wertevermittlung. Kohl setzte sich bewusst von seinem Vorgänger ab und sah den Staat in der Verpflichtung, Werte nicht nur zu garantieren, sondern auch zu vermitteln. Es galt für ihn, das Verantwortungsbewusstsein des Einzelnen zu steigern, sowohl innerhalb der Familie als auch innerhalb der Gesellschaft. Die Gesellschaft beziehungsweise der Staat stellt zwar den Rahmen zur Verfügung, nach dem festen Verständnis Kohls war jedoch jeder einzelne Bürger verpflichtet an der Ausgestaltung dieses Rahmens mitzuwirken.

Langguths These von der Kanzlerschaft Kohls „im Stile eines Barockfürsten“ wird wesentlich weniger von der programmatischen Leistung Kohls geprägt. Hier sieht er eine emotionale Verbindung zwischen Kanzler und Wählerschaft¹⁶⁹. Die mittelalterliche Führungstechnik, die jedoch auch entscheidend zu Kohls Machtaufstieg und -erhalt beigetragen hat, ist vor allem in seiner Regierung an den Institutionen vorbei festzustellen. Sowohl in Partei wie in der Regierung waren Geschäftsordnungen und formale Entscheidungswege eher hinderliches Beiwerk, über das sich Kohl bei Bedarf hinwegsetzte und so bei seinen Gesprächspartnern Nähe und Anerkennung vermittelte.

Kohls Regierungstechnik war daher so lange erfolgreich, wie sie im inneren stabil war. Erst als sie begann sich aufzulösen - sowohl in der Partei wie in der Regierung - stieß Kohl an seine Grenzen und verschloss sich hinter der geliehenen Machtposition des Bundeskanzlers.

¹⁶⁸ Waldemar Schreckenberger; wiedergegeben in: Thomas Knoll: Das Bundeskanzleramt . Organisation und Funktionen von 1949-199, Wiesbaden 2004, S. 328.

¹⁶⁹ vgl. Gerd Langguth: Das Innenleben der Macht, S. 103.

Gewichtung der Koalitionspartner in den Bundesregierungen

Anlage 1

Regierungsantritt	LP	CDU		CSU		SPD		FDP		Grüne		Sonstige		Regierung
		Abgeordnete	Minister											
14.08.1949	1	115	6	24	3			52	3			56	2	Adenauer I
		47%	43%	10 %	21%			21 %	21%			23 %	14%	
23.10.1953	2	191	10	52	4			53	5			42	4	Adenauer II
		67 %	43%	18 %	17%			16 %	22%			12 %	17%	
15.10.1957	3	215	13	55	4							17	2	Adenauer III
		75 %	68%	19 %	21%							6 %	11%	
17.09.1961	4	192	12	50	3			61	5					Adenauer IV
		63 %	60%	17 %	15%			20 %	25%					
13.12.1962			11			5				5				Adenauer V
				52%		24%				24%				
17.10.1962			13		4				5					Erhard I
			59%		18%				23%					
26.19.1965	5	196	12	49	5			49	4					Erhard II
		67%	57%	17 %	24%			17 %	19%					
01.12.1966			8		3	202	9							Kissinger
		44 %	40%	11 %	15%	45 %	45%							
28.09.1969	6					224	14	30	3					Brandt I
						88 %	82%	12 %	18%					
19.11.1972	7					230	14	41	5					Brand II
						85 %	74%	15 %	26%					
16.04.1974							13		4					Schmidt I
							76%		24%					
03.10.1976	8					214	12	39	4					Schmidt II
						85 %	75%	15 %	25%					
05.10.1980	9					218	13	53	4					Schmidt III
						80 %	76%	20 %	24%					
01.10.1982			174	9	52	4				4				Kohl I
		63 %	53%	19 %	24%				19 %	24%				
06.03.1983	10	191	10	53	5			34	3					Kohl II
		69 %	56%	19 %	28%			12 %	17%					
25.01.1987	11	174	10	49	5			46	4					Kohl III
		65 %	53%	18 %	26%			17 %	21%					
02.12.1990	12	268	11	51	4			79	5					Kohl IV
		67 %	55%	13 %	20%			20 %	25%					
16.10.1994	13	245	10	50	4			47	3					Kohl V
		72 %	59%	15 %	24%			14 %	18%					
16.10.1998	14					298	12			47	3			Schröder I
						86 %	80%			14 %	20%			
22.09.2002	15					251	11			55	3			Schröder II
						82 %	79%			18 %	21%			

Erläuterungen

- 1) Es wurden lediglich die Verteilung der Ministerposten zum Zeitpunkt der Regierungsbildung herangezogen. Spätere Veränderungen sind nicht abgebildet.
- 2) Die grau unterlegten Flächen bedeuten, dass in dieser Zeit diese Partei / weitere Parteien nicht im Deutschen Bundestag vertreten waren. Die PDS wurde hier aus der Betrachtung herausgelassen, da sie bisher an keiner Bundesregierung beteiligt war. In der 12. Legislaturperiode war Bündnis '90 / Die Grünen aufgrund der Trennung der Wahlgebiete Ost und West nur durch die Gruppierung Bündnis '90 (Zusammenschluß 1992) vertreten.
- 3) Betrachtet wurden lediglich die Koalitionspartner und deren Fraktionsgröße im Verhältnis untereinander.

Abkürzungsverzeichnis

BRD	Bundesrepublik Deutschland
CDU	Christlich-Demokratische Union
CSU	Christlich Soziale Union in Bayern
DDR	Deutsche Demokratische Republik
FDP	Freie Demokratie Partei
GAU	Größter anzunehmender Unfall
GG	Grundgesetz
GRÜNE	Die Grünen (ab 1993: Bündnis '90 / Die Grünen)
NATO	North Atlantic Treaty Organization
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
UdSSR	Union der Ssozialistischen Sowjetrepubliken / Sowjetunion
USA	United States of America
APuZ	Aus Politik und Zeitgeschichte
ARD	Arbeitsgemeinschaft der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten in Deutschland
BGBI	Bundesgesetzblatt
BpB	Bundeszentrale für politische Bildung
FAZ	Frankfurter Allgemeine Zeitung
FNP	Frankfurter Neue Presse
Hrsg.	Herausgeber
NRZ	Neue Rhein Zeitung
PIProt	Plenarprotokoll des Deutschen Bundestages
PM	Politische Meinung
RhP	Rheinische Post
StZ	Stuttgarter Zeitung
SZ	Süddeutsche Zeitung
unver.MA	Unveröffentlichte Magisterarbeit
vgl.	vergleiche
WDR	Westdeutscher Rundfunk
ZfP	Zeitschrift für Politik
zit.	zitiert nach
ZParl	Zeitschrift für Parlamentsfragen
ZPol	Zeitschrift für Politikwissenschaft

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1 Schematische Darstellung des Machtgefüges Helmut Kohls
Quelle: Selbsterstellung

Dokumente

„Koalition der Mitte: Für eine Politik der Erneuerung“; PIProt 9/121 vom 13.10.1982, S. 7213B-7229B.

Regierungserklärung vom 4. Mai 1983; in Klaus Stüwe (Hrsg.): Die großen Regierungserklärungen der deutschen Bundeskanzler von Adenauer bis Schröder, Opladen 2002.

„Die Schöpfung bewahren - die Zukunft gewinnen“; PIProt 11/4 vom 18. März 1987, S. 51B-73B.

„Unsere Verantwortung für die Freiheit“; PIProt 12/5 vom 30. Januar 1991, S. 67B-90C.

„Aufbruch in die Zukunft - Deutschland gemeinsam erneuern“, PIProt 13/5 vom 23.11.1994, S. 38D-39A.

Neue Chancen und neue Herausforderungen in der Deutschland- und Europapolitik, Regierungserklärung im Rahmen der Haushaltsberatungen für das Haushaltsjahr 1990, abgedruckt in Helmut Kohl: Bilanzen und Perspektiven . Regierungspolitik 1989-1991, Bonn 1992.

Für Frieden und Freiheit . Das Wahlprogramm der CDU/CSU, Bonn 1980.

Arbeit, Frieden, Zukunft Miteinander schaffen wir´s . Das Wahlprogramm der CDU/CSU, Bonn 1983.

Hans-Dietrich Genscher an die Funktionsträger der FDP vom 21.8.1981; abgedruckt in: Joseph Bücken / Helmut Schlimbach: Die Wende in Bonn . Deutsche Politik auf dem Prüfstand, Heidelberg 1983, S. 16.

Literaturverzeichnis

Literatur

Adam, Konrad: Kohl und die geistig-moralische Wende; in Reinhard Appel: Helmut Kohl im Spiegel seiner Macht, Bonn 1990.

Bickerich, Wolfgang: Der Enkel . Analyse der Ära Kohl, Düsseldorf 1995.

Berlien, Hans-Ulrich: Regierungsorganisation - institutionelle Restriktionen des Regierens?; in Hans-Hermann Hartwich / Göttrik Wewer (Hrsg.): Regierung in der Bundesrepublik I . Konzeptionelle Grundlagen und Perspektiven der Forschung, Opladen 1990.

Dreher, Klaus: Helmut Kohl . Leben mit der Macht, Stuttgart 1998, 2. Auflage.

Fehrenbach, Oskar: Helmut Kohl . Ein biographisches Essay; in Hans Klein (Hrsg.): Die Bundeskanzler, Berlin 1995, 3. Auflage.

Genscher, Hans-Dietrich: Erinnerungen, Berlin 1995.

Gros, Jürgen: Das Kanzleramt im Machtgeflecht von Bundesregierung, Regierungsparteien und Mehrheitsfraktion; in: Karl-Rudolf Korte / Gerhard Hirscher (Hrsg.): Darstellungspolitik oder Entscheidungspolitik . Über den Wandel von Politikstilen in westlichen Demokratien, München 2000.

Hacker, Jens: Kontinuitäten und Diskontinuitäten in den innerdeutschen Beziehungen der siebziger und achtziger Jahre - Positionen; in Peter März (Koordination): 40 Jahre Zweistaatlichkeit in Deutschland .- Eine Bilanz, München 1999, S. 260

Haungs, Peter: Die CDU . Prototyp einer Volkspartei; in Alf Mintzel / Heinrich Oberreuther (Hrsg.): Parteien in der Bundesrepublik Deutschland, Bonn 1992, 2. Auflage (BpB-Schriftenreihe Bd. 282).

Haungs, Peter: Kanzlerprinzip und Regierungstechnik im Vergleich: Adenauers Nachfolger, APuZ 39 (1989) B 1-2, S. 28-39.

Haungs, Peter: Parteipräsidien als Entscheidungszentren der Regierungspolitik - am Beispiel der CDU; in Hans-Hermann Hartwich / Göttrik Wewer (Hrsg.): Regierung in der Bundesrepublik II . Formale und informale Komponenten des Regierens in den Bereichen Führung, Entscheidung, Personal und Organisation, Opladen 1991.

Helms, Ludger: CDU/CSU-Opposition im 6. und 14. Deutschen Bundestag, ZPol 10 (2000), S. 511-538.

Hofmann, Robert: Geschichte der deutschen Parteien . Von der Kaiserzeit bis zur Gegenwart, München 1993, 2. Auflage.

Juncker, Jean-Claude: Konstanten . Für Helmut Kohl zählt ein Europa der Qualität, PM 50 (2005) No. 424, S. 19-20.

Kaltefleiter, Werner: Die Kanzlerdemokratie des Helmut Kohl, ZParl 37 (1996), S. 27-37.

Kleinmann, Hans-Otto: Geschichte der CDU 1945-1982, Stuttgart 1993.

Knoll, Thomas: Das Bundeskanzleramt . Organisation und Funktion von 1949-1999, Wiesbaden 2004.

Kohl, Helmut: Erinnerungen, München 2004.

Korte, Karl-Rudolf: Deutschlandpolitik in Helmut Kohls Kanzlerschaft . Regierungsstil und Entscheidungen 1982-1989, Stuttgart 1998.

Korte, Karl-Rudolf: Die Regierungserklärung . Visitenkarte und Führungsinstrument der Kanzler; in: ders. (Hrsg.): „Das Wort hat der Bundeskanzler“ . Eine Analyse der Großen Regierungserklärungen von Adenauer bis Schröder, Wiesbaden 2002.

Korte, Karl-Rudolf: Die Regierungserklärung als Führungsinstrument der Bundeskanzler, ZParl 33 (2002), S. 452-462.

Korte, Karl-Rudolf: Kommt es auf die Person des Kanzlers an? . Zum Regierungsstil von Helmut Kohl in der „Kanzlerdemokratie“ des deutschen „Parteienstaates“, ZParl 29 (1998), S. 387-401.

Kranenpohl, Uwe: „Man nicht jeden Monat die Koalitionsfrage stellen!“, ZfP 46 (1999), S. 283-297.

Langguth, Gerd: Das Innenleben der Macht . Krise und Zukunft der Macht, Berlin 2001.

Leinemann, Jürgen: Helmut Kohl (1930); in Wilhelm von Sternburg (Hrsg.): Die deutschen Kanzler . Von Bismarck bis Kohl, Berlin 1998, 2. Auflage.

Leinemann, Jürgen: Helmut Kohl . Ein Mann bleibt sich treu, Berlin 2001.

Lösche, Peter / **Walter**, Franz: Die FDP . Richtungstreit und Zukunftswandel, Darmstadt 1996.

März, Peter: An der Spitze der Macht . Kanzlerschaften und Wettbewerber in Deutschland, München 2002.

Müller-Rommel, Ferdinand / **Pieper**, Gabriele: Das Bundeskanzleramt als Regierungszentrale, APuZ 41 (1991) B 21-22, S. 3-13.

Niclauß, Karlhein: Kanzlerdemokratie - Bonner Regierungspraxis von Konrad Adenauer bis Helmut Kohl; in Hans-Hermann Hartwich / Göttrick Wewer (Hrsg.): Regierung in der Bundesrepublik I . Konzeptionelle Grundlagen und Perspektiven der Forschung, Opladen 1990.

Niclauß, Karlheinz: Bestätigung der Kanzlerdemokratie? . Kanzler und Regierungen zwischen Verfassung und politischen Konventionen, APuZ .49 (1999) B 20, S. 27-38.

Niclauß, Karlheinz: Kanzlerdemokratie . Bonner Regierungspraxis von Konrad Adenauer bis Helmut Kohl, Köln / Mainz 1988.

Pergner, Werner A.: Kohl und die Geschichte; in Reinhard Appel (Hrsg.): Helmut Kohl im Spiegel seiner Macht, Bonn 1990.

Pflüger, Friedbert: Ehrenwort . Das System Kohl und der Neubeginn, Stuttgart / München 2000.

Piehl, Joachim: Machtwechsel 1982 . Handlungsbedingungen und Regierungstätigkeit in zentralen Politikfelder der sozial-liberalen Koalition, Frankfurt/Main 2002.

Schacht, Kurt: Die FDP . Zur Geschichte und Politik, Frankfurt/Main 1980.

Stürmer, Michael: Der Enkel Adenauer; in Filmer/Schwan: Helmut Kohl, Düsseldorf / Wien 1985.

Thränhardt, Dietrich: Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, Frankfurt/Main 1996.

Wiedemeyer, Wolfgang: Der Bonner Dschungel; in Werner Filmer / Heribert Schwan: Helmut Kohl, Düsseldorf / Wien 1985.

Winkler, Heinrich-August: Der lange Weg nach Westen II . Deutsche Geschichte 1933-1990, Bonn 2004 (BpB-Lizenzausgabe Bd. 463).

Zelikow, Philip / **Rice**, Condoleezza: Sternstunde der Diplomatie . Die deutsche Einheit und das Ende der Spaltung Europas, München 2001, 2. Auflage.

Zeitungen und Zeitschriften

Brandes, Ada: „Mainzer Mafia“ um Kohl, StZ 23.6.1983.

Dreher, Klaus: Kohl in der Schlangengrube, SZ 14.12.1978.

Raddatz, Franz J.: Der Mann ohne Eigenschaften, Die Zeit 22.10.1982.

Schmelzer, Robert: Kein Tabu für Genscher, FNP 21.8.1981.

Reden ist für Kohl Silber, Regieren aber Gold; RhP 5.5.1983.

Katalog ohne Farbe, NRZ 5.5.1983.

„Herz der Menschen“, Bild 5.5.1983.

„Langsam, aber stetig bergab“, Der Spiegel 19/1983.

„Milch in den Eimer“, Der Spiegel 20/1983.

„Genscher war unser rettender Nagel“, Der Spiegel 5/1987.

Webdokumente

Schlesinger, Katja: Ausbau der Hausmacht im Bundeskanzleramt . Die Systeme Schmidt, Kohl und Schröder, Köln 2000, (unver.MA, Fundstelle: http://www.karl-rudolf-korte.de/mag_schlesinger.pdf, 24.8.2004).

Medien

ARD, Interview mit „Report“ vom 25.8.1981; abgedruckt in: Joseph Bücken / Helmut Schlimbach: Die Wende in Bonn . Deutsche Politik auf dem Prüfstand, Heidelberg 1983, S. 19.

„Helmut Kohl - ein deutscher Kanzler“, Phoenix 9.4.2005.